

FOCUS ASIEN

Schriftenreihe des Asienhauses



Myanmar –

Möglichkeiten und Grenzen der Armutsbekämpfung

Christina Grein & Ute Köster (Hrsg.)

Asienhaus



Herausgeberinnen: Christina Grein & Ute Köster

Redaktion: Christina Grein & Ute Köster

Mitarbeit: Svenja Telle

Foto Titelseite: Myatsu Win

Das Heft dokumentiert die Ergebnisse des Projekts "Möglichkeiten und Grenzen der Armutsbekämpfung in Myanmar", welches im Jahr 2011 von der Burma-Initiative federführend durchgeführt wurde. Das Projekt fand in Kooperation mit der Abteilung für Südostasienwissenschaft an der Universität Bonn und der Adventist Development and Relief Agency Myanmar statt.

Projektkoordination: Ute Köster

Projektdurchführung: Phuong Le Trong & Ute Köster

Mitarbeit: Nicolas Bömkles, Allison Hubbel, Amy Hlaing

Das Projekt wurde gefördert aus Mitteln des BMZ, von MISEREOR und dem Katholischen Fonds.

Preis: 5,- €

Die Meinungen, die in den vom Asienhaus herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der AutorInnen wieder.

Bereits zu Myanmar erschienen:

Ute Köster (Hrsg.): Die Qual der Wahl. Chancen und Grenzen des politischen Wandels in Myanmar. Focus Asien 34, Essen 2010.

Ulrike Bey (Hrsg.): Armut im Land der Goldenen Pagoden. Soziale Sicherheit, Gesundheit und Bildung in Myanmar. Focus Asien 26, Essen 2005.

Publikationsankündigung:

Köster, Ute; Le Trong, Phuong; Grein, Christina (Hrsg.): Handbuch Myanmar. Voraussichtliches Erscheinungsdatum Herbst 2013.

© Dezember 2012, Asienstiftung, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind erwünscht. Sie sind jedoch nur unter Angabe des/r Verfassers/in und der Quelle gestattet.

Asienstiftung für das Asienhaus Köln, Hohenzollernring 52, 50672 Köln

Telefon: +49 . 221 . 716121-25; Fax: +49 . 221 . 716121-10

burma@asienhaus.de

<http://www.asienhaus.de/burma>

ISSN 1435-0459

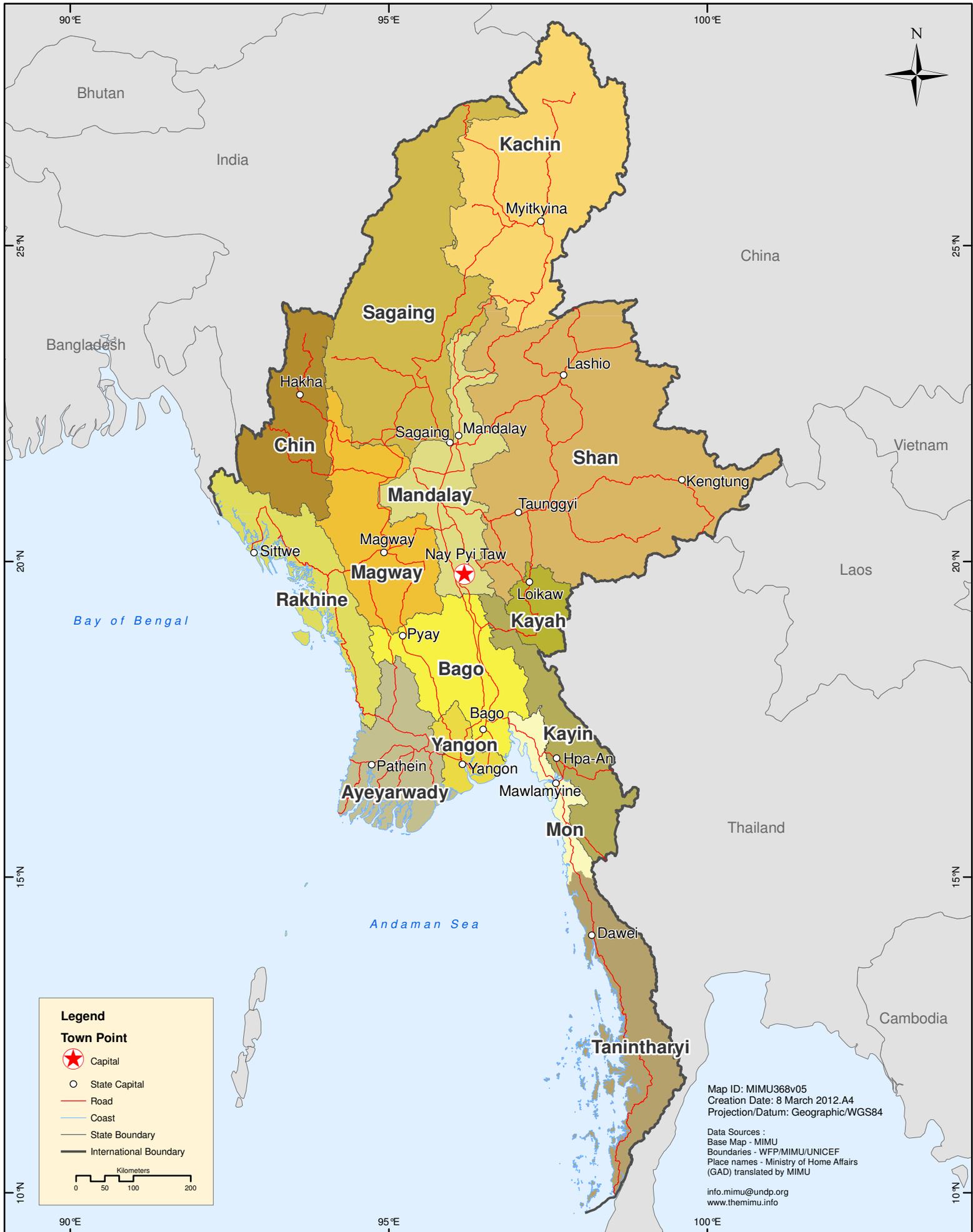
ISBN 978-3-9333341-59-4

Myanmar –

Möglichkeiten und Grenzen der Armutsbekämpfung

Christina Grein & Ute Köster (Hrsg.)

Myanmar Country Map



Map ID: MIMU368v05
 Creation Date: 8 March 2012.A4
 Projection/Datum: Geographic/WGS84

Data Sources :
 Base Map - MIMU
 Boundaries - WFP/MIMU/UNICEF
 Place names - Ministry of Home Affairs (GAD) translated by MIMU

info.mimu@undp.org
 www.themimu.info

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	2
Vorwort.....	3
<i>Ute Köster</i>	
Reformen von oben in einem schwachen Staat.....	5
<i>Gerhard Will</i>	
Zivilgesellschaftliche Möglichkeiten und Grenzen der Armutsbekämpfung in ländlichen Regionen von Myanmar:	
Rahmenbedingungen der Fallstudie.....	9
<i>Tim Schröder</i>	
Auswertung der Studie.....	11
<i>Christina Grein</i>	
Kommentar zur Studie „Möglichkeiten und Grenzen der Armutsbekämpfung – Eine Fallstudie aus Myanmar“.....	19
<i>Jasmin Lorch</i>	
"The right investment at the right time"? Internationale Sanktionen zwischen innenpolitischer Legitimation und außenpolitischen Widersprüchen.....	24
<i>Fabian Falter, Natalie Gierke, Jonas Spitra, Esther Tenberg und Alexander Zimmermann</i>	
Myanmar: Und täglich grüßt das Militär.....	31
<i>Rainer Werning</i>	
Im Land des Lichts und des Schattens.....	34
<i>Phuong Le Trong</i>	
Anhang.....	37
Programm der Fachtagung	
Karte vom Dorf Ywar Kaing Kaung, Karen-Staat	
Problembaum, Dorf Kyit Tee, Magwe	
Saisonkalender, Dorf Kyit Tee, Magwe	
Verzeichnis der AutorInnen.....	41

Abkürzungsverzeichnis

ADB	Asian Development Bank
ADRA	Adventist Development and Relief Agency
AFPFL	Anti-Fascist People's Freedom League
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BGF	Border Guard Forces
BIA	Burma Independence Army
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CNF	Chin National Front
DKBA	Democratic Karen Buddhist Army
EU	Europäische Union
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
HRW	Human Rights Watch
ICG	International Crisis Group
INGO	International Non-Governmental Organisation (Internationale Nichtregierungsorganisation)
IWF	Internationaler Währungsfonds
KIO	Kachin Independence Organisation
KNLA	Karenni National Liberation Army
KNPP	Karenni National Progressive Party
KNU	Karen National Union
MMCWA	Myanmar Maternal and Child Welfare Association
MOU	Memorandum of Understanding
NCGUB	National Coalition Government of the Union of Burma
NGO	Non-Governmental Organisation (Nichtregierungsorganisation)
NLD	National League for Democracy
NMSP	New Mon State Party
NSA	Non-State Actor
PRA	Participatory Rural Appraisal
SPDC	State Peace and Development Council
UNICEF	United Nations Children's Fund
USDA	Union Solidarity and Development Association
USDP	Union Solidarity and Development Party
UNO	United Nations Organisation
VDC	Village Development Committee

Vorwort

Ute Köster

Myanmar¹ gehört zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt und hat eine äußerst Besorgnis erregende Lage bezüglich der Menschenrechtssituation. Durch die aktuellen Entwicklungen im Land kommt es zu vermehrtem Diskussionsbedarf über den Umgang des Westens mit dem südostasiatischen Land und über die Verantwortung des Westens bei der Entwicklung des Landes. Das in 2011 durchgeführte Projekt der Burma-Initiative zu den „Möglichkeiten und Grenzen der Armutsbekämpfung in Burma/Myanmar“ wurde implementiert, um dazu beizutragen, die Situation in Myanmar für die deutsche Öffentlichkeit greifbarer zu machen und ein realistisches Bild der Möglichkeiten der Armutsbekämpfung durch zivilgesellschaftliche Akteure im Land in Kooperation mit Akteuren aus der EU/Deutschland zu zeichnen.

Diese Ausgabe des „Focus Asien“ dokumentiert die Ergebnisse des Projektes, welches in Kooperation mit der Abteilung für Südostasienwissenschaft der Universität Bonn und mit der internationalen Nichtregierungsorganisation Adventist Development and Relief Agency (ADRA) Myanmar stattgefunden hat und finanziell von Misereor, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Katholischen Fonds unterstützt wurde. Im Rahmen dieses Projektes haben eine Reihe von Veranstaltungen und Aktivitäten stattgefunden. Die sich ergänzenden und aufeinander abgestimmten Aktivitäten wurden von Studierenden und WissenschaftlerInnen sowie MitarbeiterInnen der Entwicklungszusammenarbeit und -forschung aktiv mitgestaltet.

Im Zuge der internationalen Diskussion um die Frage des Umgangs mit Myanmar, die durch die Spaltung der Opposition im Land verschärft wurde, war eine Neupositionierung der verschiedenen zu Myanmar arbeitenden Gruppen notwendig, die sich in der Vergangenheit sehr stark auf die Unterstützung der Exilszene konzentriert hatten. Die Tatsache, dass sich auch in Myanmar zivilgesellschaftliche Strukturen herausbilden und die bisherigen internationalen Strategien gegenüber Myanmar keine Wirksamkeit entfaltet hatten, konnte nicht länger ignoriert werden und verstärkte die Notwendigkeit neuer

partnerschaftlicher Ansätze der Arbeit zu Myanmar.

Auf Grund der Isolation des Landes gibt es bisher wenig fundiertes Wissen über die embryonale Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen und des „Community Building“ im Land, über die sich die Eigeninitiativen der Bevölkerung kanalisieren. Hilfsorganisationen sind die zivilgesellschaftlichen Engagements in Yangon und Umgebung bekannt, da dort die registrierten birmanischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) ihren Sitz haben. Informationen über die Situation in den ländlichen Regionen fehlen jedoch gänzlich und werden mit der Öffnung des Landes immer bedeutender. Das Projekt beinhaltete eine Analyse der Situation vor Ort und untersuchte die Eigeninitiative im ländlichen Raum in Myanmar - nicht von außen, sondern von innen durch lokale Partner.

Einen Diskussionsprozess mit verschiedenen Akteuren auf unterschiedlichen fachlichen Ebenen zu entwickeln, sieht die Burma-Initiative als einen wichtigen Aspekt ihrer Arbeit. Wir möchten vor allem kleineren Gruppen in Myanmar eine Möglichkeit der Präsenz nach außen geben und so eine kontroverse Diskussion sowie eine differenzierte Meinungsbildung in Deutschland ermöglichen.

Für die Erfassung der Situation in Myanmar nutzen wir unseren Kontakt zu Tim Schröder, ADRA Myanmar, der schon zuvor mit der Burma-Initiative kooperiert hatte. Wir konnten ihn für unser Projekt gewinnen und die von uns konzipierte und von Misereor finanziell unterstützte Studie „Zivilgesellschaftliche Möglichkeiten und Grenzen der Armutsbekämpfung in ländlichen Regionen von Burma/Myanmar“ wurde in die Aktivitäten von ADRA Myanmar integriert. Von August bis November 2011 wurde die Studie zur Bestandsaufnahme und Analyse der Eigeninitiative der birmanischen Bevölkerung zur Verbesserung der Lebenssituation, insbesondere im Hinblick auf eventuelle Veränderungen der Rahmenbedingungen nach den Wahlen Ende 2010, durchgeführt. Die zusammengefassten Ergebnisse der Studie sind unter www.asienhaus.de/burma zu finden.

Dem Auftrag der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie dem Ziel der Herausbildung von MultiplikatorInnen unserer Arbeit entsprechend, haben wir uns an Phuong Le Trong von der

¹ In dieser Publikation wird der Name Myanmar als Landesbezeichnung verwendet.

Abteilung für Südostasienwissenschaft der Universität Bonn gewandt. Der Vorschlag einer Kooperation um Theorie mit Praxis zu verbinden, wurde sehr positiv aufgenommen. Im Sommersemester 2011 wurde auf Grund dieser Kooperation eine Task-Force in die Lehrveranstaltung zum Thema „Entwicklungsperspektiven & zivilgesellschaftliche Möglichkeiten: Burma/Myanmar“ unter der Leitung von Phuong Le Trong und Rainer Werning eingebunden. In Form von drei Blockseminaren wurden von der Burma-Initiative aufgetragene Fragestellungen behandelt und diskutiert. Die Verbindung zwischen Theorie und praxisrelevanten Fragestellungen hat zu einer intensiven Auseinandersetzung mit entwicklungspolitischen Fragen und Konzepten zur Armutsbekämpfung und Übertragbarkeit auf die Situation vor Ort geführt.

Die Studierenden wurden in der Task-Force über den aktuellen Stand und die Entwicklungen der Studienkonzeption und Durchführung informiert und Vorgehensweisen der Studie in Myanmar wurden diskutiert. Auf diese Weise trugen die Studierenden direkt zum Konzept der Studie bei.

Auf einem Workshop im Oktober 2011 hatten die Studierenden die Möglichkeit, ihre erarbeiteten Ergebnisse mit Frithjof Schmidt, MdB, Bündnis 90/die Grünen, und Corinna Broeckmann, MISEREOR-Länderreferentin, zu diskutieren. Lokale Schwerpunkte wurden Schwerpunkten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gegenübergestellt. Entwicklungspolitische Konzepte zur Armutsbekämpfung und Übertragbarkeit auf die Situation vor Ort wurden im Kontext der Sanktionspolitik analysiert.

Auf der abschließenden Fachtagung im Dezember 2011 „Burma/Myanmar auf dem Sprung – Entwicklungszusammenarbeit im Fokus“ wurden AkteurInnen aus der Entwicklungszusammenarbeit und -forschung aktiv als ReferentInnen bzw. TeilnehmerInnen in das Projekt eingebunden. Hier brachten sie ihre Expertise in die Diskussion über die Ergebnisse des Projektes sowie die Auswertung der Studie ein, wobei ein realistisches Bild der Möglichkeiten und Grenzen partnerschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit mit Myanmar gezeichnet wurde. Angesichts der aktuellen Entwicklungen in Myanmar fanden sich rund 70 WissenschaftlerInnen, DiplomatInnen, VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen, JournalistInnen und Studierenden zusammen, um das Thema kontrovers zu diskutieren.

Der im Projekt verfolgte Ansatz der Diskussion eines Sachverhaltes auf mehreren Ebenen öffnete

verschiedene Sichtweisen auf das Thema und ermöglichte eine Vernetzung und den Austausch verschiedener Interessengruppen.

Ein unerwartetes und großartiges Ergebnis des Projektes ist die weiterführende enge Kooperation mit der Abteilung für Südostasienwissenschaft: Zum einen wurde die Asienhaus-Hochschulgruppe an der Universität Bonn gegründet, die unter anderem schon mit den Myanmar-Themenwochen in Kooperation mit der Burma-Initiative und der Organisation eines Myanmar-Intensivsprachkurses an der Universität Bonn aktiv war. Zum anderen hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die unsere Asienhaus-Publikation „Südostasien“ fachlich und redaktionell unterstützt.

Die in dieser Ausgabe des „Focus Asien“ zusammengestellten Artikel geben einen Einblick in das Projekt und dessen Ergebnisse. Es kann nur ein kleiner Ausschnitt des Gesamtprojektes und der lebhaften und kontroversen Diskussionen um die Frage des Umgangs mit Myanmar wiedergespiegelt werden. Eine ausführliche Dokumentation des gesamten Projektes nebst ausführlichen Berichten zu den einzelnen Aktivitäten finden sie auf unserer Homepage unter www.asienhaus.de/burma unter dem Link „Aktivitäten“.

Wir bedanken uns herzlich bei allen aktiv Beteiligten im Projekt, den zahlreichen TeilnehmerInnen unserer Veranstaltungen und allen, die bei der Organisation wie bei der inhaltlichen Gestaltung des Projektes mitgewirkt haben. Ein großer Dank gilt den AutorInnen dieses Bandes von „Focus Asien“.

Anmerkung der Herausgeberinnen: Die Beiträge dieser Publikation wurden zwischen Juli und September 2012 verfasst. Aufgrund von strukturellen Veränderungen im Asienhaus kam es zu einer Verzögerung der Publikation dieser Ausgabe des „Focus Asien“. Die Analyse der Bedingungen und Veränderungen im Land sowie die Ergebnisse der Studie bleiben trotz oder gerade angesichts des sich rasch vollziehenden Wandels relevant und hochaktuell.

Reformen von oben in einem schwachen Staat

Gerhard Will

In keinem anderen Land der Welt hatten Militärs so lange und uneingeschränkt das Sagen wie in Myanmar. Die Junta unter Führung von General Ne Win, die 1962 die Regierungsgewalt übernommen hatte, wurde zwar Anfang der 90iger Jahre durch eine neue Junta unter Führung von General Than Shwe ersetzt, doch dies änderte nichts an den grundlegenden Herrschaftsstrukturen eines Staates, der seine Ressourcen in den Auf- und Ausbau des militärischen Machtapparates steckt und jegliche Opposition mit Hilfe eines wohl organisierten Polizei- und Geheimdienstapparates unterdrückt. Zentrale Aufgaben eines modernen Staates wie die Bereitstellung geeigneter Rahmenbedingungen für eine florierende Wirtschaftsentwicklung, Gesundheitsfürsorge, Schul- und Weiterbildung etc. wurden dagegen vernachlässigt. Von der Gewährung oder gar dem Schutz elementarer Menschen- und Bürgerrechte konnte keine Rede sein.

Als der damalige Geheimdienstchef General Khin Nyunt im August 2003 eine „Roadmap to a Discipline-Flourishing Democracy“¹ verkündete, die die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, landesweite Wahlen eines neuen Parlamentes und schließlich die Bildung einer neuen „zivilen“ Regierung vorsah, wurde dies im In- wie im Ausland als ziemlich durchsichtiges Täuschungsmanöver angesehen. Viele Bestimmungen der neuen Verfassung, die die Vorherrschaft des Militärs verankerten, ihre Bestätigung durch ein Plebiszit, das diesen Namen nicht verdient sowie die im November 2010 abgehaltenen Parlamentswahlen, die mit den Kriterien von „freien und fairen Wahlen“ schwerlich zu vereinbaren waren, bestätigten all die negativen Erwartungen, die der „Roadmap-Prozess“ geweckt hatte.

Als der neue Staatspräsident Thein Sein, ein führendes Mitglied der alten Militärjunta, im März 2011 seine erste Regierungserklärung abgab und dort weitreichende Reformschritte ankündigte, wurde dies daher kaum zur Kenntnis genommen. Selbst als hunderte von politischen Gefangenen freigelassen, die Internet-Zensur weitgehend aufgehoben und die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi im August 2011 zu einem eingehenden Meinungsaustausch empfangen wurde, überwog noch das Misstrauen. Hatte es nicht auch in der

Vergangenheit immer wieder solche Tauwetterphasen gegeben, in denen die Militärs den Hausarrest von Aung San Suu Kyi aufgehoben und ihrer Partei, der National League for Democracy (NLD), gewisse politische Aktivitäten zugestanden hatten, nur um dies alles wenige Monate später wieder außer Kraft zu setzen?

Aus heutiger Perspektive treten indes die Unterschiede zu früheren Tauwetterphasen sehr viel klarer zu Tage. Aung San Suu Kyi wurde nicht nur aus dem Hausarrest entlassen, sondern ihr wurde auch freie politische Betätigung gestattet. Obwohl sie an ihrer Kritik der neuen wie der alten Regierung kaum Abstriche vornahm, konnte sich ihre Partei, die NLD, wieder offiziell registrieren lassen. NLD-Mitglieder, die aufgrund ihrer Haftstrafe ihr passives Wahlrecht verloren hatten, bekamen es wieder zurück. Die Anerkennung der NLD als rechtmäßige Opposition, die ihren legitimen Platz im politischen System des Landes hat, erfolgte schließlich in den Nachwahlen² am 1. April 2012, bei der die NLD 43 der zur Wahl stehenden Sitze erringen konnte.

Die politische Öffnung war aber nicht auf Aung San Suu Kyi und die NLD beschränkt. Neue Gesetze wie z. B. das Gewerkschafts- und Demonstrationsgesetz wurden verabschiedet, die weitgehende Versammlungs- und Assoziationsfreiheit garantieren. Birmanen, die im Ausland Zuflucht gesucht hatten, sicherte die Regierung Straffreiheit zu und ermunterte sie, in die Heimat zurückzukehren und aktiv den Aufbau des Landes zu unterstützen. Regierungskritische Medien, die man bislang nur über gefährliche Umwege beziehen konnte, waren nun ebenso zugänglich wie das Internet. Frühere Tabuthemen wie mangelhafte Gesundheitsfürsorge, unzureichendes Bildungswesen, Armut etc. fanden Eingang in den politischen Diskurs. Internationale Hilfsorganisationen veranstalteten – unterstützt von der Regierung – Konferenzen und Workshops, auf denen erstmals das Ausmaß dieser vielfältigen Formen von Unterentwicklung untersucht und diskutiert werden konnte.

² Bei den Nachwahlen zu den Parlamentswahlen vom 7. November 2011 wurden 45 der insgesamt 1160 Parlamentssitze neu vergeben, die durch den Aufstieg von Abgeordneten der Union Solidarity and Development Party (USDP) in Regierungsämter vakant geworden sind.

¹ Fahrplan zu einer disziplinierten florierenden Demokratie.

Die dabei gewonnenen Erkenntnisse versuchte man in eine neue Wirtschaftspolitik umzusetzen, die nicht nur auf höhere Dynamik sondern auch auf stärkere Nachhaltigkeit setzt. Ein erster notwendiger wenn auch äußerst schwieriger Schritt ist die Reform des Wechselkurssystems. Bislang existierte neben dem offiziellen Wechselkurs (1 US\$ entspricht etwa 8 Kyat³) eine inoffizielle Umtauschrate von 1 US\$ zu etwa 800 Kyat. Alle Import-Export-Geschäfte verliefen damit sehr intransparent und verschafften all denjenigen, die sich dieser Währungsmanipulationen bedienen konnten, immense Gewinne. Eine Reform dieses Systems muss daher zunächst den Widerstand derjenigen brechen, die bislang davon profitiert haben. Zum anderen geht es aber auch um die Bewältigung einer Reihe höchst komplizierter finanztechnischer Detailfragen. Für diese Aufgabe hat man internationale Beratung in Anspruch genommen und hofft bis zum Jahresende zu einer zufriedenstellenden Lösung zu gelangen.

Ein zweiter wichtiger Schritt war der Erlass eines neuen Investitionsgesetzes, das ausländischen Investoren klare und attraktive Rahmenbedingungen vorgibt. Besonders bemerkenswert ist die Bestimmung, die feste Quoten für die Beschäftigung birmanischer Arbeitskräfte festlegt. Stießen doch etliche chinesische Mega-Investitionsprojekte auf heftige Kritik, da für ihre Realisierung abertausende chinesische Arbeitskräfte ins Land geholt worden waren, so dass sich für die einheimische Bevölkerung kaum nennenswerte Beschäftigungsmöglichkeiten ergaben.

Ausländische Investitionen setzen auch eine neue Politik auf regionaler wie internationaler Ebene voraus. In weniger als einem Jahr hat Myanmars Regierung, die Jahrzehnte hindurch international isoliert und in immer stärkere Abhängigkeit von China geraten war, ihr außenpolitisches Profil stark verändert. Ein gigantisches Staudammprojekt, das im Norden des Landes von der VR China betrieben worden war, wurde im September 2011 kurzer Hand ausgesetzt. Hinter dieser Entscheidung standen nicht nur ökonomische und ökologische Erwägungen, sondern auch das Bestreben, eine gewisse Distanz gegenüber dem früheren Bundesgenossen China zu dokumentieren und die lange Zeit vernachlässigten Beziehungen zum Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), den asiatischen Großmächten Indien und Japan sowie zu den USA und den europäischen Ländern zu verbessern. Mit erstaunlich schnellem Erfolg: die Außen- und Premierminister vieler Staaten, die das Land zwanzig

Jahre lang gemieden hatten, reisten nun in rascher Folge nach Yangon und in die Hauptstadt Naypyidaw. Die EU und Japan setzten die Sanktionen aus, mit denen sie Myanmar seit Anfang der 90iger Jahre belegt hatten und vereinbarten umfangreiche Programme für die Entwicklungszusammenarbeit.

Die meisten ausländischen Besucher kamen von ihrem Besuch mit der Überzeugung zurück, dass es sich bei diesen Reformmaßnahmen nicht um ein taktisches Zugeständnis, das jederzeit wieder zurückgenommen werden kann, sondern um eine strategische Neuausrichtung handelt. Staatspräsident Thein Sein und seine Anhänger haben offenkundig die roten Linien überschritten und ihr politisches Schicksal mit einer Politik verbunden, die radikal all das in Frage stellt, was nahezu fünfzig Jahre lang als unverrückbar gegolten hatte. Auch Aung San Suu Kyi, einst die entschiedenste Kritikerin der Militärregierung, hat die Aufrichtigkeit Thein Seins nicht in Frage gestellt, auch wenn die von ihm anvisierten Ziele weit hinter den ihren zurückbleiben.

Die Entschlossenheit und Konsequenz, mit der man die Reformen auf den Weg gebracht hat, sind eine notwendige aber keine hinreichende Bedingung für deren Erfolg. Sieht man auf das regionale wie internationale Umfeld, ergeben sich relativ günstige Bedingungen für die angestrebte Transformation, die von der internationalen Gemeinschaft begrüßt und unterstützt wird. Auch in Peking gibt es Zustimmung zu diesem Prozess. Dies ist nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern der Einsicht geschuldet, dass ein stabiles und zukunftsfähiges Nachbarland, den langfristigen sicherheitspolitischen wie ökonomischen Interessen Chinas sehr viel dienlicher ist, als ein Land, in dem zwar kurzfristig hohe Gewinne zu erzielen sind, dessen ungelöste Konflikte aber ein nicht unerhebliches Bedrohungspotenzial für Chinas Südwesten darstellen.

Die größten Hindernisse, die einer Reform im Wege stehen, liegen indes in Myanmar selbst. Da dieser Prozess von oben initiiert wurde, ist sein Verlauf im hohen Maße von Personen an der Spitze bzw. deren politischen Fähigkeiten und letztlich auch von deren gesundheitlichen Konstitution abhängig. Dies gilt für die Regierung wie für die Opposition. Thein Sein und Aung San Suu Kyi haben ihre Einsicht in die Notwendigkeit einer Kooperation unter Beweis gestellt. Da keine Partei über einen detaillierten Masterplan verfügt, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern, ist ein Dialog auf Augenhöhe unerlässlich. Denn nur in einem konstruktiven Dialog werden sich Auswege aus den bestehenden

³ Währung von Myanmar

Dilemmata finden lassen. Dieser Dialog beruht jedoch noch auf einem sehr fragilen Fundament und fordert von beiden Führungspersonlichkeiten, neben einer robusten physischen wie psychischen Konstitution, die Fähigkeit, notwendige Kompromisse zu finden und sie auch gegenüber den eigenen Anhängern zu vermitteln. Gerade weil deren Erwartungen so hoch gesteckt sind, ist die Gefahr einer Enttäuschung umso größer.

Für jede birmanische Regierung stellt die Frage der ethnischen Minderheiten, genauer gesagt des Zusammenlebens der ethnischen Minderheiten und der Mehrheitsethnie der Birmanen in einem gemeinsamen Staatsverband, die bei weitem schwierigste Aufgabe dar. Kein anderes Land Südostasiens weist eine solche Vielzahl unterschiedlicher Ethnien auf. Die Mehrheitsethnie der Birmanen macht nur etwa zwei Drittel der Gesamtbevölkerung Myanmars aus. Es war ein wesentlicher Erfolg der 1990 an die Macht gekommenen Militärjunta, dass sie mit den meisten Führern der verschiedenen ethnischen Gruppierungen Waffenstillstandsvereinbarungen geschlossen und dadurch viele blutige Auseinandersetzungen beendet hatte, die in den vorangegangenen Jahrzehnten mit äußerster Brutalität geführt worden waren.

Diese Vereinbarungen sicherten zwar in weiten Teilen des Landes Frieden, stärkten aber auch Strukturen, die einer demokratischen Legitimation und Kontrolle entbehrten. Vielmehr konnten sich in den Gebieten der Minderheiten Führungsgruppen etablieren, die die in den Waffenstillstandsvereinbarungen zugesicherte „wirtschaftliche Autonomie“ nutzen, um sich einen privilegierten Zugang zu ökonomischen Ressourcen der jeweiligen Region zu sichern; nicht wenige bedienen sich dabei auch krimineller Machenschaften wie z. B. Drogenproduktion und Drogenhandel. Da sie über eigene bewaffnete Verbände verfügen, können sie ihre Vormachtstellung auch mit Waffengewalt verteidigen bzw. ihrer Verhandlungsposition gegenüber der Zentralregierung größeren Nachdruck verleihen. Der 2009/2010 unternommene Versuch der Zentralregierung, die Truppen der ethnischen Minderheiten in sogenannte „Border Guard Forces“⁴ unter dem Kommando der Zentralregierung zu integrieren, war daher kein attraktives Angebot und es kam zu neuen bewaffneten Auseinandersetzungen.

Der Regierung Thein Sein ist es inzwischen jedoch gelungen, mit den meisten ethnischen Gruppierungen neue Waffenstillstandsvereinbarungen zu schließen, nicht aber mit den Kachin.

Verschiedene Gespräche der Regierung und den Kachin blieben ergebnislos; nicht zuletzt auch deshalb, weil Befehle Thein Seins, die Kampfhandlungen einzustellen, von den Regierungstruppen nicht befolgt wurden, so dass derzeit mehr als 70.000 Kachin von ihren Dörfern vertrieben in Lagern weit entfernt von ihren ursprünglichen Siedlungsgebieten Zuflucht suchen müssen.

Selbst die mit anderen Minderheiten getroffenen Waffenstillstandsvereinbarungen können allenfalls als erste Schritte zu einer langfristigen Regelung gesehen werden. Für das Militär, das sich als Bewahrer der Einheit der Nation sieht, ist Föderalismus immer noch ein Unwort. Auf der Gegenseite sind sich die Vertreter der Minderheiten sehr wohl ihrer politischen wie materiellen Privilegien bewusst, die sie nur gegen entsprechende Gegenleistungen preisgeben werden. Aung San Suu Kyi und ihre Partei haben zwar immer betont, dass die Konflikte mit den Ethnien ohne Waffengewalt auf dem Verhandlungswege gelöst werden müssten, aber genauere Vorstellungen, wie denn mögliche Kompromisse aussehen könnten, haben auch sie nicht entwickelt. Als es in jüngster Zeit im Südwesten des Landes zu Auseinandersetzungen zwischen den muslimischen Rohingya, die in Myanmar nicht als nationale Minderheit anerkannt sind, und der birmanischen Bevölkerung gekommen ist, schloss sich die NLD der in Myanmar weit verbreiteten Auffassung an, dass es sich hier nicht um einen ethnischen, sondern sozialen Konflikt handle, der allein durch die Errichtung rechtsstaatlicher Verhältnisse gelöst werden könne.

Die Errichtung rechtsstaatlicher Verhältnisse setzt funktionierende zivile staatliche Strukturen voraus, die in Myanmar nicht gegeben sind. Vielmehr erweist sich dessen schwache Staatlichkeit als das größte Reformhindernis. Nach dem Willen der Regierung sollen die wesentlichen Voraussetzungen für eine grundlegende Erneuerung des Landes von oben geschaffen werden. Aber es mangelt an qualifizierten Fach- und Führungskräften. Strategische Entscheidungen werden derzeit von einem sehr kleinen Personenkreis um den Ministerpräsidenten getroffen, die eine enorme Arbeitslast zu bewältigen haben. Politikformulierung geschieht daher oft ad hoc und entsprechend mangelhaft. Noch entscheidender ist, dass auf den mittleren und lokalen Ebenen Verwaltungsfachleute, Manager und technische Experten fehlen, die in der Lage sind, Entscheidungen der Zentrale umzusetzen oder selbst initiativ zu werden. Inwieweit es sich dabei um bewusste Obstruktion oder um mangelnde Qualifikation handelt, ist oft

⁴ militärische Grenztruppen

schwer zu unterscheiden, im Ergebnis läuft es jedoch aufs Gleiche hinaus.

Den schwachen zivilen Institutionen steht ein militärischer Apparat gegenüber, der seine Strukturen gerade auch auf regionaler und lokaler Ebene seit Jahrzehnten ausbauen und mit Einkünften aus legalen wie illegalen Unternehmen festigen konnte. Auf diese Weise haben sich unterschiedliche Patronage-Netzwerke herausgebildet, die häufig eine sehr viel stärkere Kohärenz und Abhängigkeit aufweisen als die formalen Befehlsketten. Einige dieser Netzwerke, die sich auf mehr oder weniger marktwirtschaftliche Aktivitäten wie Fertigungsbetriebe oder

Tourismus verlegt haben, profitieren von der Reformpolitik und sympathisieren mit der neuen Regierung. Andere, die Schutz oder Bestechungsgelder erpressen oder selbst an illegalen Geschäften beteiligt sind, kommen die alten Machtverhältnisse zugute, die sie beharrlich verteidigen werden. Es ist daher nicht zu erwarten, dass Entscheidungen, die an der Spitze getroffen werden, das ganze Land erreichen. Vielmehr wird es regional und lokal höchst unterschiedliche Entwicklungen und Verhältnisse geben, die zu verstehen eine sorgfältige Analyse der jeweiligen Gegebenheiten verlangt.

Der Artikel wurde im Juli 2012 verfasst.



Foto: Tim Schröder

Zivilgesellschaftliche Möglichkeiten und Grenzen der Armutsbekämpfung in ländlichen Regionen von Myanmar:

Rahmenbedingungen der Fallstudie

Tim Schröder

Um qualitative Forschung in ländlichen Gebieten von Myanmar durchzuführen, bedarf es besonderer Anstrengungen. Nicht nur, weil viele Gebiete sehr schwer zugänglich sind, auch die staatliche Kontrolle macht eine solche Untersuchung schwierig. Befasst sich eine Studie dann auch noch spezifisch mit Armut¹ und politischen Themen, so kann es fast unmöglich sein, diese durchzuführen. Da der Arm des autoritären und oft repressiven Regimes bis auf Dorfebene reicht, repräsentiert durch den örtlichen Friedens- und Entwicklungsrat Ya Ya Ka und heute durch das Büro der Dorfverwaltung, würde ein Feldforschungsteam ohne Genehmigung nicht lange unentdeckt bleiben. Als Resultat der jahrelangen Unterdrückung der Bevölkerung seitens der Militärregierung sind die Menschen Fremden gegenüber sehr vorsichtig geworden. Um trotzdem eine solche Erhebung durchzuführen, bietet es sich an, auf existierende Strukturen zurückzugreifen. So geschehen im Rahmen der Fallstudie „Möglichkeiten und Grenzen der Armutsbekämpfung“ der Burma-Initiative.

Durch Kontakte zu internationalen Nichtregierungsorganisationen im Lande, Adventist Development and Relief Agency (ADRA) Myanmar und ActionAid, gelang es, die Studie im Rahmen von existierenden entwicklungspolitischen Projekten durchzuführen. Hierbei wurde auf das spezifische „Fellowship-Konzept“ von ActionAid zurückgegriffen. Die Studie konnte somit ohne Probleme durchgeführt werden und die Bevölkerung war gerne bereit in Interviews, Gruppengesprächen und bei verschiedenen Participatory Rural Appraisal“ (PRA)²-Methoden mitzuwirken. Die Fallstudie wurde finanziell von MISEREOR unterstützt.

1 Bis 2011 war es so gut wie unmöglich eine öffentliche Debatte über Armut in Myanmar zu führen. Dies war von der Militärregierung nicht gewünscht.

2 Partizipative Erhebungs- und Planungsmethoden in der Entwicklungszusammenarbeit, die das Wissen und die Auffassungen der lokalen Bevölkerung in Planung & Management von Projekten miteinbeziehen.

Durchführungsorganisationen der Studie

ADRA Myanmar ist als lokale, in Myanmar registrierte und anerkannte Nichtregierungsorganisation ein Teil des internationalen Netzwerkes der Adventist Development and Relief Agency. Seit 1993 engagiert sich die Organisation im Land in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe. Vor allem werden Projekte in den Sektoren Landwirtschaft/Ernährungssicherheit, Einkommensförderung und Gesundheit unterstützt und implementiert. In der Vergangenheit hat ADRA Myanmar auch Projekte in Kooperation mit deutschen Nichtregierungsorganisationen durchgeführt wie den Johannitern, dem Arbeiter-Samariter-Bund oder ADRA Deutschland.

ActionAid ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die sich die Bekämpfung von Armut auf die Fahne geschrieben hat. Seit 2001 implementiert ActionAid etliche Projekte in Myanmar, die die Stärkung der Zivilgesellschaft zum Ziel haben. Hierbei sticht das „Fellowship Program“³ heraus. Seit seinem Beginn im Jahr 2006 wurden mehr als 450 Trainees ausgebildet, unter anderem im Kachin-, Kayah-, Rakhine- und Karen-Staat⁴ sowie im Ayeyarwady⁵-Delta und in der Magwe-Region. Beide Nichtregierungsorganisationen haben bereits in der Vergangenheit bei mehreren Projektdurchführungen zusammen gearbeitet und implementieren zurzeit zwei Projekte in der Magwe-Region und dem Karen-Staat.

Das „Fellowship Program“

Das „Fellowship Program“ hat das Ziel, junge Leute in ihrer Entwicklung zu Führungspersönlichkeiten zu unterstützen. Hierbei wird insbesondere die Fähigkeit vermittelt, einen partizipatorischen Prozess auf Dorfgemeinschaft anzustoßen. Die Dorfgemeinschaft soll ermächtigt werden, über ihre momentane Situation mit Hilfe eines inklusiven, partizipatorischen Prozesses zu reflektieren, um in Zukunft selbstbestimmend auf

3 Trainee-Programm.

4 Auch Kayin genannt

5 Strom in Myanmar, der auch als Irrawaddy bekannt ist.

ihre Bedürfnisse einzugehen. Dies wird mit Hilfe von verschiedenen Hilfsmitteln wie dem Erstellen eines Saisonkalenders, einer Dorfkarte, der Aufzeichnung der Dorfchronik, einer Bedürfnisanalyse oder der Methode des Problembaums erreicht.

Potenzielle KandidatInnen bewerben sich am Anfang eines Projekts auf eine Traineeestelle und werden gemeinschaftlich vom Dorfkomitee und ActionAid-MitarbeiterInnen und ihren jeweiligen Partnerorganisationen ausgesucht. Hierbei wird auch darauf geachtet, dass bestehende ungleiche Machtverhältnisse in den Dörfern nicht noch verstärkt werden und eine Gleichberechtigung der Geschlechter gewährleistet ist. Nicht alle Trainees leben während der Projektzeit in ihren Herkunftsdörfern, sondern werden auch anderen Dörfern zugewiesen. Während einer Projektzeit von zwei bis drei Jahren erhalten die Trainees diverse Trainings in PRA-Methoden, der Mobilisierung von Gemeinschaften und zu spezifischen entwicklungspolitischen Themen. Diese Trainings werden immer wieder durch Aufenthalte in den Projektdörfern unterbrochen, um das neu Gelernte in der Praxis anzuwenden.

Somit bot das „Fellowship Program“ ideale Möglichkeiten, die vorliegende Studie im Rahmen der zwei Projekte, in der Magwe-Region und dem Karen-Staat, durchzuführen. Die beiden Regionen unterscheiden sich dabei erheblich.

Die Regionen

Die Feldforschung in der Magwe-Region umfasste zehn Dörfer im Pakokku-Distrikt, auf der gegenüberliegenden Flussseite von Bagan gelegen. Die Region gehört zum Kernland der Bamar⁶ und ist ethnisch nahezu vollständig homogen. Der Buddhismus sowie lokale Traditionen spielen eine wichtige Rolle im Leben der dort ansässigen Menschen. Der Distrikt gehört zu den ärmsten in

ganz Myanmar. Einige Dörfer werden vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen sowie von internationalen Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Der größte Teil der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft, speziell vom Anbau von Erdnüssen, Sonnenblumen, Hülsenfrüchten und Reis. Der Pakokku Distrikt wurde von der früheren Militärregierung als politisch sensibel angesehen, nicht zuletzt auf Grund der Mönchsproteste im Jahr 2007, und stand unter besonderer Beobachtung und Kontrolle.

Im Karen-Staat gelang es, die Studie in vierzehn Dörfern durchzuführen. Der Staat ist nach seiner Hauptethnie, den Karen bzw. Kayin, benannt. Aber auch eine Vielzahl anderer Ethnien, wie etwa Bamar oder Mon, leben hier. Die Ethnie der Karen besteht aus einer Vielzahl heterogener Gruppen, wird aber von den Sgaw- und Pwo-sprechenden Gruppen dominiert.⁷ Das gilt gleichermaßen für die Religionszugehörigkeit der Karen. Während die Mehrzahl der Karen buddhistischen Glaubens ist, gibt es auch eine Vielzahl von Christen und Animisten. Der Karen-Staat ist bis heute stark von dem Konflikt zwischen den von den Bamar dominierten Regierungen und bewaffneten Karen-Gruppierungen geprägt. Dieser Konflikt hat unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der lokalen Bevölkerung. Krieg, Vertreibung und Zerstörung haben ihre Spuren im Leben dieser Menschen hinterlassen. Da der Staat nicht in der Lage ist, sein gesamtes Territorium zu kontrollieren, gibt es Gebiete, die de facto teilweise oder vollständig unter der Herrschaftsgewalt von bewaffneten Karengruppen stehen.⁸ Viele Regionen im Karen-Staat sind von Armut betroffen und zeichnen sich durch das Fehlen von sozialer Infrastruktur wie etwa Schulen und Kliniken aus. Die Bevölkerung lebt zum größten Teil von der Subsistenzlandwirtschaft.

Der Artikel wurde im August 2012 verfasst.

⁶ Auch Birmanen genannt. Die Bamar stellen mit über 68 Prozent die größte Ethnie in Myanmar dar.

⁷ Es gibt bis zu zwölf verschiedene Karen-Dialekte.

⁸ Hier sind vornehmlich die Karen National Union (KNU) & die Democratic Karen Buddhist Army (DKBA) zu nennen.

Auswertung der Fallstudie

Christina Grein

Hintergrund und Ziele der Studie

Die von der Burma-Initiative der Asienstiftung in Auftrag gegebene Studie hatte das Ziel eine Bestandsaufnahme und Analyse der Armutsbekämpfung mit Fokus auf dem zivilgesellschaftlichen Engagement im ländlichen Raum zu realisieren. Die von ADRA Myanmar in Kooperation mit ActionAid implementierten Projekte in der Magwe-Division und im Karen-Staat boten unter den gegebenen Umständen ideale Strukturen für die Durchführung der vorliegenden Studie. Durch die Einbindung von lokalen Trainees aus Magwe und Karen konnte die Studie überhaupt erst realisiert werden. Denn sowohl Misstrauen gegenüber Fremden, Sprachbarrieren als auch die äußerst strenge Überwachung von Forschungsaktivitäten durch die birmanischen Behörden¹ stellen eine große Herausforderung für solch eine Unternehmung dar. Die Trainees verfügten nicht nur über Kenntnisse der Sprachen und Dialekte, sondern auch über das notwendige kulturelle Wissen, wodurch ein Vertrauensverhältnis zwischen den Befragten und den Trainees etabliert werden konnte.

Im Rahmen der Studie sollte auf mehrere Fragen eingegangen werden, insbesondere auf die Bedeutung von und Assoziationen mit Armut in den betroffenen Gebieten, die gegenwärtigen Probleme und Herausforderungen für die lokale Bevölkerung und das lokale Engagement im Bereich der Armutsbekämpfung. Auch die Unterschiede zwischen der Zeit vor und nach den Parlamentswahlen am 7. November 2010, die Rolle von internationalen Organisationen, politischen Parteien und lokalen Autoritäten sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen sollten analysiert werden.

Methode

Die vorliegende Studie wurde zwischen August und November 2011 durchgeführt. Der von der Burma-Initiative konzipierte Fragebogen wurde ins Birmanische übersetzt. Es fand eine Einführungsveranstaltung für die durch ActionAid und ADRA Myanmar ausgebildeten lokalen Trainees statt. Es wurden insgesamt 24 Dörfer in zwei Regionen, dem Karen-Staat und der Magwe-

Division, untersucht. In Magwe wurden zehn Dörfer² aus fünf Gemeinden und in Karen 14 Dörfer³ aus elf Gemeinden untersucht.

Die Dörfer umfassen jeweils unterschiedlich zwischen 31 und 200 Haushalte mit einer Einwohnerzahl zwischen 135 und 1267. Von den insgesamt 12644 EinwohnerInnen der untersuchten Dörfer waren etwa 53 Prozent weiblich und 47 Prozent männlich. Es wurden verschiedene Personengruppen unterschiedlichen Alters und Geschlechts sowie unterschiedliche Berufsgruppen⁴ in die Befragung mit einbezogen. Die folgenden qualitativen Erhebungsmethoden fanden bei der Fallstudie Anwendung: „Participatory Rural Appraisal“(PRA)-Methoden wie Fokus-Gruppen-Diskussionen, Einzelinterviews, Einbezug von Diagramm-, Karten- und Modelldarstellungen (jahreszeitlicher Kalender, Dorfkarte, Karten zur Sozialstruktur, zu sozialen Beziehungen und Entscheidungsprozessen), direkte/teilnehmende Beobachtung und Sekundärquellen-Analyse sowie informelle Gespräche. Darüber hinaus wurde das Wissen der Dorfältesten in die Studie mit einbezogen.

Den Ergebnissen ist zu entnehmen, dass oft Mitglieder der Dorfwirtschaftsausschüsse (VDC)⁵ der untersuchten Dörfer befragt wurden. Diese werden zwar von den DorfbewohnerInnen gewählt, gehen aber letztendlich aus Initiativen von lokalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs/INGOs) hervor. Des Weiteren ergaben sich vereinzelt Schwierigkeiten bei der Erhebung. Fragen mit politischem Inhalt wurden von einigen Befragten, vermutlich aus Angst vor möglichen negativen Konsequenzen, nicht beantwortet.

2 Kyate Toe, Kaing Taw Ma, Ywar Tan Shey VT, Myit Chay VT, Shar Pin Kaing.

3 Pa Zun Taung, Naung Taing, Athet Peng Nee Taw, Kha Yea, Ye' Bu, Kwan Bi, Kyar Inn, Kyone Baing, Daw Phyar (Phyia), Pain Ne' Taw, Kawmbee.

4 z. B.: ArbeiterIn, LehrerIn, Mönche, LandwirtIn, LadenbesitzerIn, Dorfoberhaupt, GärtnerIn, HändlerIn, Dorfverwalter, Firmenangestellte/r, TierzüchterIn, VerkäuferIn, SchneiderIn, Zimmermann/-frau, traditionelle/r HeilerIn, Arzt/Ärztin, StudentIn.

5 „Village Development Committees“. Ihre Aufgabe ist es, Projektnachhaltigkeit zu schaffen.

1 Im Normalfall muss eine Forschungsgenehmigung beantragt werden. In politisch sensiblen Regionen wie Magwe wird diese nur selten erteilt.

Ergebnisse der Studie

In den folgenden Abschnitten werden die zentralen Punkte der Befragungen in Magwe und im Karen-Staat zusammengefasst.⁶

• Definitionen von Armut

Die Ergebnisse der Studie geben Aufschluss über die Wahrnehmungen von und Assoziationen mit Armut innerhalb der ländlichen Bevölkerung in Magwe und im Karen-Staat. In beiden Regionen wurde allen voran die fehlende Sicherung von Grundbedürfnissen wie etwa Lebensmittel, Wasser, Unterkunft und Kleider genannt. Des Weiteren wurde eine schlechte soziale und technische Infrastruktur in Form einer unzureichenden Gesundheitsfürsorge, Bildung sowie schlechte Verkehrswege, Transportmöglichkeiten und sanitäre Anlagen mit Armut in Verbindung gebracht. Auch ein zu geringes Einkommen, der Mangel an Erwerbsmöglichkeiten und Arbeitslosigkeit sowie unzureichende Familienplanung wurden mit Armut assoziiert.

Im Unterschied zur Magwe-Region verbindet ein Großteil der Dorfbevölkerung in Karen Unsicherheit, die durch die Präsenz von verschiedenen bewaffneten Gruppierungen und deren Willkür entsteht, mit Armut. In einem karenischen Dorf⁷ wurden zudem Diskriminierung, im Sinne einer ungleichen Verteilung von Rechten, und Unterdrückung genannt.

• Gegenwärtige Situation in den untersuchten Dörfern

Die DorfbewohnerInnen im Karen-Staat sind mehrheitlich in der Landwirtschaft tätig und bestreiten ihren Lebensunterhalt hauptsächlich durch den Anbau und teilweise auch Verkauf von Reis, aber auch von Früchten und Zuckerrohr. Jedoch haben die BewohnerInnen große Probleme mit der Reiskultivierung, da viele Felder eine schlechte Bodenqualität aufweisen und damit zu einer mangelhaften Reisqualität führen. Außerdem haben sie regelmäßig mit der Überflutung ihrer Felder zu kämpfen. Im Durchschnitt besitzt nur die Hälfte der BewohnerInnen eigenes Farmland, so dass einige Familien zusätzlich Reis kaufen müssen. Weitere Einkommensmöglichkeiten sind der Holz- und Bambuseinschlag sowie dessen Verkauf, die Vieh- und Fischzucht, Taxifahren oder das Führen kleiner Warengeschäfte. Aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen

gehen viele auf der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten ins Ausland. Auch die Kinder werden häufig in die Nachbarländer, insbesondere nach Thailand und Malaysia, geschickt, um die Familie finanziell zu unterstützen. Die Ergebnisse in dem Dorf Naung Pa Tote in der Gemeinde Hpa-an zeigen dies deutlich: Von den insgesamt 150 Haushalten haben 80 Prozent mindestens ein Familienmitglied zum Arbeiten nach Thailand geschickt. Geldsendungen stellen hier demnach eine Haupteinkommensquelle dar.

Auch in Magwe sind die BewohnerInnen fast ausschließlich in der Landwirtschaft, hauptsächlich im Anbau von Hülsenfrüchten, aber auch von Sesam und Erdnüssen tätig. Im Gegensatz zu den Dörfern in Karen haben die Menschen hier primär mit Dürre und Wassermangel zu kämpfen. Der fehlende Zugang zu Land und Trockenheit zählen zu den folgenreichsten Problemen in Magwe. Nur ein geringer Anteil der BewohnerInnen ist im Besitz landwirtschaftlicher Nutzflächen, die ihnen für etwa sechs Monate ihr Einkommen sichern. Der Großteil der Bevölkerung arbeitet als TagelöhnerInnen, und kann damit nur für ungefähr zwei Monate seinen Lebensunterhalt bestreiten. Aufgrund der geringen Erwerbsmöglichkeiten in der Region ist die Abwanderungsrate sehr hoch. Die Mehrheit geht auf Arbeitssuche in die großen Städte oder ins Ausland. Die Trockenheit in der Region fordert die Bevölkerung stetig aufs Neue heraus. Durch extreme Dürrephasen in den letzten Jahren hat sich die Situation der DorfbewohnerInnen zunehmend verschlimmert. Denn jene Dörfer in der Nähe des Ayeyarwady sind abhängig von dessen turnusmäßiger Überflutung, die ihnen zur Bewässerung der Felder dient. Bereits seit drei Jahren hat es keine Überflutung des Ayeyarwady mehr gegeben. Inzwischen sind viele BewohnerInnen abhängig von der Abwanderung von Familienangehörigen und deren Geldsendungen geworden.

In keinem der Karendörfer und in lediglich einem Dorf in Magwe existiert eine Einrichtung für Gesundheitsfürsorge. Sowohl in Magwe als auch in Karen gibt es in einigen Dörfern Hebammen oder auch freiwillige HelferInnen, die ein Gesundheits- oder pharmazeutisches Training absolviert haben. Doch in beiden Regionen gibt es ebenfalls Dörfer, die relativ isoliert sind. Ein Dorf in Karen liegt beispielsweise zweiundfünfzig Kilometer entfernt von der nächstmöglichen Gesundheitseinrichtung. Ein Teil der Medizin/Arzneimittel wird zumeist in den Lebensmittelläden in den Dörfern angeboten. Doch die lokale Bevölkerung beider Gebiete verfügt zu großen Teilen nur über geringe Gesund-

⁶ Die Verschriftlichung der Ergebnisse der Studie ist unter www.asienhaus.de/burma zu finden.

⁷ Ywar Kaing Kaung Village

heits- und Hygiene-Kenntnisse. Durch verschiedene Entwicklungsprogramme hat sich die Situation in beiden Gebieten verbessert, z. B. durch Polioimpfungen, die durch staatliches medizinisches Hilfspersonal mit einer sechsmonatigen Ausbildung durchgeführt werden. Zudem wurden in einigen Dörfern in Magwe Gesundheitsausschüsse gegründet.⁸

Die Bildungsmöglichkeiten sind in beiden Gebieten unzureichend. Von den vierzehn untersuchten Dörfern im Karen-Staat haben zwei keine Grundschule, während sich ein anderes Dorf mit dem Unterricht unter einem Schutzdach behilft und ein weiteres die Kinder ins Nachbardorf schickt. In zwei Karen-Dörfern gibt es eine Mittelschule. Der Anteil der Kinder, die hier die Abschlussklasse absolvieren, ist jedoch sehr gering - zwischen null bis zwei Kinder pro Dorf. In den untersuchten Karen-Dörfern müssen viele Kinder zum Besuch der Grundschule, insbesondere jedoch der Mittel- und Hochschule, in die Nachbardörfer pendeln. Doch die Regenzeit von Mai bis Ende Oktober mit ihren regelmäßigen Straßenüberflutungen verhindert nicht selten die Schulbesuche der Kinder. Weitere Bildungsbarrieren sind die Schulgebühren sowie der Mangel an Transportmitteln. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Karen-Gemeinden in vielen Bereichen einen hohen Grad an Selbstständigkeit aufweisen, der sich vermutlich durch die jahrzehntelange Abgrenzung durch den Konflikt mit der Regierung herausgebildet hat. So werden beispielsweise die Lehrkräfte der Mittel- und Hochschulen zwar teilweise von der Regierung gestellt, häufig aber auch von der Dorfgemeinschaft finanziert.

In Magwe gibt es in sechs von acht Dörfern eine Grundschule. Jedoch verfügt lediglich ein Dorf über eine Mittelschule. Zwei Dörfer liegen jedoch in unmittelbarer Nähe von einer Mittel- und Oberschule. Im Vergleich zu den Dörfern in Karen verfügen in Magwe mehr BewohnerInnen über einen Hochschulabschluss. Um eine staatliche Oberschule oder ein College besuchen zu können, müssen die Jugendlichen in Magwe bis nach Pakokku, das etwa 200 Kilometer entfernt liegt.

In Magwe müssen zahlreiche Kinder zum Einkommen der Familie beitragen und können daher nicht die Schule besuchen. Die Kinder hier werden auch oft in Klosterschulen geschickt, da sie gebührenfrei sind. Nahezu alle Kinder und Jugendlichen der untersuchten Dörfer in Magwe

können lesen und schreiben, während die Analphabetenrate in insbesondere karenischen Dörfern sehr hoch ist. Den Karen wird maßgeblich durch die Sprachbarriere der Zugang zu Bildung erschwert. Vor allem der bewaffnete Konflikt zwischen Karen-Gruppierungen und Myanmar sukzessiven Regierungen hat die Entwicklung des Bildungssektors über sechzig Jahre lang extrem beeinträchtigt.⁹

- **Ursachen von Armut und Herausforderungen für die lokale Bevölkerung**

Im Karen-Staat hat die lokale Bevölkerung oft mit starken Regenfällen und Überschwemmungen zu kämpfen. Diese führen in den meisten Fällen zur Zerstörung der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Daneben existiert ein großer Mangel an Einkommensmöglichkeiten in der Region. Nach Einschätzungen des Forschungsteams migriert ein großer Teil der Karen, insbesondere die jungen Leute, nach Thailand zum Arbeiten. Das dort verdiente Geld schicken sie zurück in ihre Dörfer zur Unterstützung ihrer Familien.

Im Karen-Staat bestehen außerdem noch sehr spezielle Herausforderungen für die lokale Bevölkerung. Zum besseren Verständnis werden folgend einige Hintergründe skizziert: Mit der Ausrufung seiner Unabhängigkeit 1948 wurde Myanmar zum Schauplatz eines bis heute andauernden Bürgerkrieges, der maßgeblich in den ethnischen Gebieten ausgetragen wird.¹⁰ Unmittelbar nach dem Coup d'État durch Ne Win 1962¹¹ intensivierten sich die Konflikte zwischen ethnischen Organisationen und Armeen, die nach mehr Autonomie oder Unabhängigkeit strebten, und der *tatmadaw*.¹² Etliche Gemeinden in Karen sahen sich jahrzehntelangen bewaffneten Unruhen und brutalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Aufständischen durch die Regierung ausgesetzt. Die humanitären Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung waren immens. In den letzten Jahrzehnten kam es zu zahllosen Massenvertreibungen, hunderttausende Menschen flüchteten in die Waldgebiete nahe der birmanisch-thailändischen Grenze oder bis nach Thailand in

9 Am 12. Januar 2012 wurde ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der Karen National Union (KNU), einer politischen Karen-Gruppierung, und der Zentralregierung vereinbart.

10 Kramer, Tom 2005. Ethnic conflict and dilemmas for international engagement, in M. Jelsma, T. Kramer & P. Vervest, Trouble in the triangle. Opium and conflict in Myanmar. Silkworm Books: Chiang Mai, S. 34.

11 Im Jahr 1962 kommt General Ne Win durch einen militärischen Staatsstreich an die Macht. Das damalige Birma wird zum sozialistischen Einparteiensstaat.

12 Staatliche Armee Myanmars.

8 Gesundheitsausschüsse, wie etwa Mutter-Kind-Gruppen, gehen aus Initiativen von NGOs und INGOs hervor.

die Flüchtlingscamps.¹³ Der Einfluss verschiedener bewaffneter Gruppierungen auf das Leben der Dorfgemeinschaften ist enorm.¹⁴ Die BewohnerInnen, deren finanzielle Lage oft prekär ist, werden regelmäßig zu hohen Abgaben, in Form von Geld oder Getreide, an die bewaffneten Gruppen gezwungen. Die Besteuerungen durch die verschiedenen Gruppen ist in entscheidendem Maße für die herrschende Armut in der Region verantwortlich. Überdies werden sie dazu aufgefordert für die Versorgung der Truppen aufzukommen oder unter Zwang als Arbeitskräfte, wie z. B. zum Tragen von Ausrüstung oder zum Holzfällen, eingesetzt.

In der Magwe-Division stieg während der Forschungsphase aufgrund der kaum vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten die Migrationsrate in den Dörfern enorm an. Vielen BewohnerInnen dient die Migration als Strategie zur Bewältigung ihrer prekären Situationen. Die Sicherstellung ihres Haushaltseinkommens können sie so zumindest temporär bewerkstelligen. Magwe ist geprägt von einer defizitären technischen sowie sozialen Infrastruktur. Der Mangel an Jobs in der Landwirtschaft ist maßgeblich auf die reduzierten Regenfälle und den dementsprechend geringeren Ernteerträgen zurückzuführen. In Magwe, dessen Gebiete hauptsächlich in der Trockenzone liegen, spielt der Klimawandel eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Trockenzone zählt zu den von Ernährungsunsicherheit am stärksten betroffenen Regionen in Myanmar. Sie ist insbesondere anfällig für durch den Klimawandel ausgelöste Veränderungen der Wetterbedingungen, speziell für die kontinuierliche Abnahme der Niederschlagsmengen und -frequenz in den letzten Jahren. Die lokale Bevölkerung steht nun vor der Herausforderung, ihre Lebensweise diesen veränderten klimatischen Bedingungen anzupassen. In den untersuchten Dörfern in Magwe ist die Kultivierung von Landflächen mangels Zugang zu Kapital, Wasser und zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln sehr beschränkt. Die Schlüsselfaktoren zur Steigerung der Produktivität sind eine Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, die Verminderung der Bodenerosion, ein sparsamer Umgang mit Wasserressourcen und die Einführung ressourcenschonender Pflanzen. Die Diversifizierung von Einkommensmöglichkeiten stellt

eine große Chance für die Verbesserung der Situation in Magwe dar. Die Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft könnte dem Großteil der BewohnerInnen, die als Tagelöhner angestellt ist, als eine wichtige Einkommensalternative dienen.

- **Lokale Initiativen und Aktivitäten zur Bekämpfung von Armut**

Im Karen-Staat liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten auf dem Bildungsbereich. Es werden Schulen gebaut, renoviert und besser ausgestattet. Sowohl Kinder als auch deren Eltern werden aufgefordert die Schule zu besuchen. Durch lokale Initiativen besteht die Möglichkeit Lehrkräfte aus eigenen Mitteln anzustellen. Die verschiedenen Dörfer in Karen sind durchschnittlich sehr gut vernetzt und können durch die Gemeinschaftsarbeit erfolgreiche Initiativen auf die Beine stellen. Durch regelmäßige Treffen mit den bestehenden Dorfgemeinschaftsausschüssen soll das Engagement und die Solidarität innerhalb der Dorfgemeinschaften gestärkt werden. Inzwischen verzeichnet die lokale Zusammenarbeit in Karen einige Erfolge. Es wird mit verschiedenen bewaffneten Gruppen über die Verringerung ihrer Abgaben verhandelt.

Daneben werden Fundraising-Aktivitäten für die Unterstützung einer neu gegründeten Jugendgruppe und des Dorf-Entwicklungsausschusses in karenischen Gemeinden organisiert. In einigen Dörfern wurden ferner ein Bildungs-, ein Landwirtschafts- und ein Jugendausschuss gegründet. Auch ein sozialer und religiöser Ausschuss konnte durch das Engagement der BewohnerInnen mit Unterstützung von ADRA Myanmar und World Vision zusammengestellt werden.

In Magwe haben sich ebenfalls mehrere lokale Initiativen herausgebildet, von denen viele mit Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten. Daneben sind verschiedene Selbsthilfegruppen und Dorfgemeinschaftsausschüsse durch Organisationen, die Initiative von Mönchen oder durch die Regierung gegründet worden. Einige Dörfer haben beispielsweise in Gemeinschaftsarbeit die Straßen renoviert. Diejenigen, die nicht mitarbeiten wollten, haben stattdessen Geld oder in einem Fall auch einen Brunnen gespendet. In einem Dorf wurde ein Fonds eingerichtet, mittels dessen die Dorfgemeinschaft zu geringen Zinsen Geld leihen kann. Des Weiteren hat sich die Organisation der verschiedenen Dörfer in Magwe während der Regenzeit von Juli bis Oktober verbessert. So wechseln sich beispielsweise die

13 Laut dem Thailand Myanmar Border Consortium circa 150.000 Flüchtlinge (<http://www.tbcc.org/camps/2012-06-jun-map-tbbc-unhcr.pdf>).

14 Karen National Union (KNU), Karenni National Liberation Army (KNLA), Democratic Karen Buddhist Army (DKBA), militärische Grenztruppen (BGF).

Eltern innerhalb der Dörfer regelmäßig damit ab, die Kinder in die Schule zu bringen.

- **Welche externen Gruppen und Organisationen sind aktiv in der Armutsreduzierung**

ADRA Myanmar und ActionAID sind in fast allen Dörfern in Karen im Bereich der Armutsreduzierung aktiv. Bereits vor der Studie initiierten ADRA Myanmar und ActionAid ein kleines Projekt zur Mobilisierung der DorfbewohnerInnen auf kommunaler Ebene. In der Vergangenheit waren hier INGOS wie UNICEF, Save the Children und World Vision in der Armutsreduzierung tätig. Jedoch haben sich in vielen Fällen deren Projekte nicht als nachhaltig erwiesen. Begründet wurde dies mit der fehlenden Kooperationsbereitschaft der DorfbewohnerInnen, die Fremden gegenüber teilweise sehr misstrauisch sind. INGOS oder auch UN-Organisationen stellen in diesen Regionen häufig MitarbeiterInnen an, die weder Karen sind noch deren Sprache sprechen. Diese sind nicht in der Lage ein Vertrauensverhältnis mit den DorfbewohnerInnen aufzubauen, da sie sich zumeist ausschließlich mit dem Dorfoberhaupt verständigen können.

Zur Zeit der Untersuchung waren aber außer ADRA und ActionAid keine anderen internationalen oder staatlichen Organisationen im Bereich der Armutsreduzierung in den Karendörfern tätig. In der Region herrscht ein Mangel an Hilfsleistungen von außen, der maßgeblich auf die fragile und unberechenbare Sicherheitssituation zurückgeführt werden kann. INGOS wird der Zugang zum Untersuchungsgebiet im Karen-Staat durch staatliche Restriktionen und die anhaltenden Konflikte erschwert. Der Schwerpunkt früherer Maßnahmen von INGOS lag vornehmlich auf der medizinischen Grundversorgung und Bildung (Bereitstellung von Papierwaren oder grundlegenden Hygieneartikeln). In einem Fall unterstützte eine INGO auch den Bau einer Dorf-Grundschule.

Religiöse Institutionen spielen eine zentrale Rolle im karenischen Untersuchungsgebiet. Die Mehrheit der DorfbewohnerInnen sind entweder BuddhistInnen oder ChristInnen, einige praktizieren ihren indigenen animistisch geprägten Glauben. Insbesondere buddhistische Mönche haben ein großes Maß an Autorität und Einfluss in den untersuchten Dörfern. Sie beteiligen sich ebenfalls an Aktivitäten zur Armutsreduzierung, so z. B. durch Geldspenden für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur wie Straßen- und Schulrenovierungen. Aufgrund der Autorität der

Mönche und ihrer außergewöhnlich wichtigen gesellschaftlichen und sozialen Rolle, sollten Projekte mit den Mönchen abgestimmt werden. Die Einwilligung der Mönche ist Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Implementierung von Aktivitäten in der Dorfgemeinschaft. Auch die christlichen Oberhäupter haben einen großen Einfluss auf die christlichen Gemeinden. Auffallend ist die klare Trennung, die zwischen den verschiedenen Glaubensrichtungen in der untersuchten Region in Karen gezogen wird – auf der einen Seite die buddhistischen, auf der anderen Seite die christlichen Dörfer.

Im Untersuchungsgebiet in Magwe arbeiten mehrere INGOS wie Save the Children, ActionAid, ADRA Myanmar und das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen. Letzteres hat in dieser Region über mehrere Jahre humanitäre Hilfsprogramme mit DurchführungspartnerInnen umgesetzt. Darunter Projekte wie etwa „Food-for-Work“¹⁵ und „Food-for Education“¹⁶, in denen die BewohnerInnen die Straßen renovierten sowie Wasserdämme und Teiche bauten. Zum Zeitpunkt der Untersuchung implementierten INGOS und lokale NGOs, die Empfänger des „Livelihood and Food Security Trust Fund“¹⁷ sind, verschiedene Projekte in der Region. In Magwe existiert ferner eine Bandbreite an lokalen NGOs, die im Bereich Zugang zu sauberem Trinkwasser arbeiten und Trainings in der Gesundheitsfürsorge und Bildung anbieten. Auch die Regierung führt hier durch verschiedene Organisationen wie dem Kinderhilfsverband, dem Frauenverband oder dem Landwirtschaftsministerium Projekte durch. Sie stellt hauptsächlich Darlehen im Bereich Landwirtschaft zur Verfügung, unterstützt aber auch einige Schulen und bildet teilweise auch DorfbewohnerInnen zu Hilfshebammen und FeuerwehrmitarbeiterInnen aus.

In Magwe, wo die Bevölkerung fast zu hundert Prozent aus sowohl BuddhistInnen als auch Bamar besteht, engagieren sich die Mönche maßgeblich in der Bildungsarbeit durch den Aufbau von Schulen, die Bereitstellung von Räumlichkeiten und die Mobilisierung von DorfbewohnerInnen. In einigen Dörfern arbeiten sie auch aktiv mit NGOs zusammen. Gerade im Pakokku-Bezirk, der Wiege der MönchsDemonstrationen im

15 Die Begünstigten erhalten Hilfsgüter, wie etwa Nahrungsmittel, im Austausch für Arbeit. Diese soll die längerfristige Verbesserung der Infrastruktur sicherstellen.

16 Die Provision mit Nahrungsmitteln wird als Anreiz zur Erhöhung der Schulbesuchsraten genutzt.

17 <http://www.lift-fund.net/>

Jahr 2007, üben Mönche einen sehr großen Einfluss aus. Von der Regierung wird diese Region sogar als "politisch hochsensible Region" eingestuft.

- **Die Rolle politischer Parteien**

Politische Parteien spielen im Alltag der lokalen Bevölkerung im karenischen Untersuchungsgebiet kaum eine Rolle. Lediglich eine Handvoll RepräsentantInnen politischer Parteien, wie etwa die Ploung-Sgaw Democracy Party, stattete den Dörfern zu Zwecken der Wahlkampagne für die Parlamentswahlen 2010 einen Besuch ab. Versprechen seitens der PolitikerInnen, wie z. B. der Bau einer Straße, haben sich bis heute nicht materialisiert. Nur ein geringer Anteil der DorfbewohnerInnen hat an der Parlamentswahl 2010 teilgenommen, viele besitzen nicht einmal einen Personalausweis.¹⁸ Der Mehrheit ist die gegenwärtige Politik im Land unbekannt. Für sie hat sich nach den Wahlen 2010 kaum etwas verändert.

Im Untersuchungsgebiet in Magwe stellt die regierungsnahe Union Solidarity and Development Party (USDP) die einzige aktive Partei dar. Diese ging aus der von der Militärjunta¹⁹ ins Leben gerufene Massenorganisation Union Solidarity and Development Association hervor. Die USDP unterstützt die Dörfer durch ein Darlehen für das Betreiben von Landwirtschaft, durch den Aufbau von Schulen und kostenlose Gesundheitsfürsorge.

- **Maßnahmen zur Armutsbekämpfung**

Die DorfbewohnerInnen im Karenggebiet engagieren sich mit der Unterstützung der durch ActionAid und ADRA Myanmar ausgebildeten Trainees für die Mobilisierung ihrer Gemeinden. Durch partizipatorische Planungswerkzeuge wie den „Participatory Rural Appraisal“-Methoden wird die Dorfgemeinschaft in die Lage versetzt, ihre gegenwärtige Situation zu reflektieren. Bisher wurden größtenteils lokale Selbsthilfegruppen zusammengestellt, beispielsweise Spar- und Kreditgruppen, Saatgut-Ausschüsse, Jugendgruppen und Dorfentwicklungs-Ausschüsse. Die BewohnerInnen haben die Notwendigkeit erkannt, dass sie ihre Netzwerke erweitern und strategische Bündnisse mit Dörfern in anderen Gebieten in Karen eingehen müssen. Sie sind sich auch der zentralen Bedeutung von Bildung, Gesundheitsfürsorge und Sanitärversorgung bewusst. Insbesondere die Kinder sollen von einer besseren

Bildung profitieren. Einige Dörfer haben außerdem die Gelegenheit genutzt, eine Förderung bei NGOs zu beantragen, die sie selbst verwalten können. Hiermit sollen in naher Zukunft Schulen, Gesundheitszentren und Straßen renoviert werden.

In Magwe implementieren die DorfbewohnerInnen in Kooperation mit INGOS und lokalen NGOs verschiedene Aktivitäten zur Armutssenkung. Um ihre Kapazitäten zu stärken, haben sie Dorfentwicklungs-Ausschüsse und Selbsthilfegruppen gegründet. Einige DorfbewohnerInnen planen sogar eine eigene Dorfschule zu bauen, andere renovieren die Dorfstraßen und Teiche. INGOS haben sich in Magwe mehrheitlich auf die Bereitstellung von landwirtschaftlichen Inputs, wie etwa von Krediten und Saatgut sowie von Trainings für die Trockenlandwirtschaft, und die Ausbildung in außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungen spezialisiert.²⁰ Daneben führen sie Maßnahmen im Bereich Wasser- und Abwasserversorgung (Trinkwasserbrunnen, Wasserdämme, Teiche, Regenwassertanks) durch und organisieren Schulungen zu Gesundheits- und Ernährungsthemen für die lokale Bevölkerung.

- **Lokale Autoritäten**

In allen untersuchten Gemeinden im Karen-Staat existiert eine Vielzahl an lokalen Autoritäten. Während die wichtigste lokale Behörde in direktem Zusammenhang mit der Regierung steht, haben auch mehrere ethnische nicht-staatliche bewaffnete Gruppen (NSA) einen großen Einfluss auf das Leben der lokalen Bevölkerung. Die Interessen und Aktivitäten sowohl zuletzt genannter Gruppen als auch der Regierungsbehörden haben oft extrem negative Auswirkungen auf das Leben in den Dörfern, so insbesondere durch Besteuerung (Abgaben in Form von Geld oder Getreide). Die Unterstützung der untersuchten Karendörfer durch die Regierung ist minimal bis nicht vorhanden.

In Magwe hingegen sind die lokalen Behörden an der Förderung der Aktivitäten zur Armutssenkung beteiligt. Jedoch sind lokale Autoritäten wie etwa der Dorfvorsteher angehalten, auf Anweisungen von „oben“ zu handeln. Dementsprechend sind sie nicht in der Position für die Durchführung von Aktivitäten eine Genehmigung zu erteilen.

Religiöse Vorsteher, die sich aus Mönchen in der Region und Verwaltern der Pagoden zusammensetzen, gehören gleichermaßen zur Gruppe der einflussreichen Autoritäten. Zur erfolgreichen

¹⁸ National Registration Card.

¹⁹ State Peace and Development Council (SPDC)

²⁰ z. B. Lebensmittelverarbeitung, Nähen, Schreiner- und Maurerarbeiten, MechanikerIn.

Durchführung von Aktivitäten zur Armutsreduzierung ist die Koordination mit den lokalen religiösen Vorstehern von äußerster Priorität. Wie zuvor bereits ausgeführt, unterstützen auch sie Entwicklungsprojekte und bringen die Gemeinde regelmäßig in Dorfversammlungen zusammen.

- **Rechtliche Rahmenbedingungen**

Für internationale und lokale Organisationen, die im Karen-Staat im Bereich der Armutsreduzierung aktiv werden wollen, ist die Verhandlung mit allen beteiligten Autoritäten von großer Relevanz. Während Verhandlungen mit lokalen Regierungsbehörden nur selten Probleme aufwerfen, ist im Gegenüber mit Autoritäten der Gemeinden, Bezirke oder des Staates eine eher zurückhaltende Herangehensweise zu berücksichtigen. Für eine offizielle Arbeitserlaubnis im Karen-Staat sind INGOs dazu verpflichtet eine Absichtserklärung (MOU) mit den jeweils zuständigen Regierungsministerien zu unterzeichnen. Daran schließt sich eine strenge Überwachung der Projektdurchführung seitens der Regierung an. Den INGOs werden die jeweiligen Dörfer für das Projekt zugeteilt. Nichtsdestotrotz haben einige internationale und lokale NGOs verschiedene Wege gefunden, ohne Kenntnis und Einmischung der Regierung Projekte durchzuführen. Zu der staatlichen Kontrolle und den Einschränkungen der Organisation kommen in Karen noch die ethnischen nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen hinzu. Auch diese müssen die Organisationen über ihre Bestrebungen informieren und benötigen zum Betreten derer Autoritätsgebiete eine Erlaubnis.

Ähnlich der Situation in Karen müssen in Magwe alle Maßnahmen zur Armutsreduzierung von INGOs den beteiligten Autoritäten gemeldet und zusammen mit ihnen koordiniert werden. Auch hier müssen die INGOs eine Absichtserklärung mit dem zuständigen Regierungsministerium unterzeichnen. Wenn die INGOs anschließend eine Erlaubnis für ihre Projekte erhalten, muss das Projekt im nächsten Schritt den Autoritäten auf regionaler, Bezirks- und kommunaler Ebene vorgestellt werden. Auf deren Genehmigung hin können die Aktivitäten schließlich offiziell anlaufen. In politisch sensiblen Regionen, wie insbesondere dem Bezirk Pakokku in Magwe, existieren hingegen strengere Auflagen. Dort sind INGOs dazu verpflichtet den Gemeinde- und Bezirksbehörden regelmäßig, teilweise sogar wöchentlich, über ihre Aktivitäten zu berichten. Hinzu kommt, dass ausländisches Personal zum Besuch der Projektgebiete eine Reise-

genehmigung benötigt und von einer Behördenvertretung begleitet werden muss.

- **Veränderungen im Zuge der Parlamentswahlen**

Erstmals seit zwanzig Jahren wurden in Myanmar am 7. November 2010 landesweite Wahlen abgehalten.²¹ Diese Parlamentswahlen bildeten den fünften Schritt des im Jahr 2003 von der Militärregierung ausgerufenen „Sieben-Stufen-Plans“ für den Übergang von der Militärherrschaft zu einer „disziplinierten Demokratie“.²² Doch der ländlichen Bevölkerung in Karen und Magwe bescherte dieses Ereignis vorerst keine bemerkenswerten Verbesserungen, zumindest keine, die unmittelbar mit den Wahlen und dem anschließenden Regierungswechsel in Beziehung standen.

Die vorliegende Studie zeigt, dass die Situation in beiden Untersuchungsgebieten, im Karen-Staat sowie in der Magwe-Division, gegenwärtig unzureichend ist. In beiden Regionen sticht vorwiegend der Mangel an Erwerbsmöglichkeiten und die damit einhergehende Abwanderung sowie die schlechte Infrastruktur (Gesundheitswesen/Transport) ins Auge.

Entscheidende Faktoren für die Armut im Karen-Staat sind die mangelhafte Bodenqualität und regelmäßige Überschwemmungen. Die Situation der Menschen vor Ort hängt zu großen Teilen von der politischen Situation ab. Seit den Wahlen kam es in einigen karenischen Gebieten vermehrt zu Kampfhandlungen, die unter anderem auch eine höhere Besteuerung der Dorfbewohner nach sich zogen. Nichtsdestotrotz hat sich in den letzten Jahren, in einem Zeitraum zwischen fünf und fünfzehn Jahren, unabhängig von den Wahlen einiges in der Region getan. So sind z. B. die Fälle von Zwangsarbeit zurückgegangen, die Infrastruktur und der Transport haben sich verbessert. Die Kooperation innerhalb der Dörfer hat sich verstärkt und die gegenseitige Unterstützung der DorfbewohnerInnen sowie die Eigeninitiative in den Dörfern haben sich gesteigert. Im Karen-Staat sind Verbesserungen des Lebensstandards, der Bildung, etwa durch höhere Einschreibungsraten in den Schulen, und der Gesundheit zu verzeichnen. Die Dorfbewölkerung ist sich zu großen Tei-

21 Die letzten Wahlen fanden im Jahr 1990 statt. Das Wahlergebnis, das die demokratische Oppositionspartei National League for Democracy (NLD) eindeutig zum Sieger erklärte, wurde jedoch nie von der Militärjunta anerkannt.

22 Effner, Henning: Parlamentswahlen in Myanmar. Zementierung der Militärherrschaft oder Chance auf Veränderung? Oktober 2010: Friedrich-Ebert Stiftung (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/07533.pdf>).

len ihrer Situation bewusst und hat vermehrt Kenntnisse der Aktivitäten im Bereich der Armutssenkung. Auch in der Landwirtschaft in der Karen-Region fanden positive Entwicklungen, wie etwa der vermehrte Einsatz von Maschinen sowie die Vergrößerung von Farmen, statt. Im Jahr 2010 hatte zudem ein größerer Anteil der karenischen Bevölkerung Zugang zu Brunnenwasser, das zur Trinkwasserversorgung genutzt werden konnte. Zuvor war man maßgeblich auf die Nutzung von Flusswasser angewiesen.

In Magwe zählen der fehlende Zugang zu Land und die zunehmenden Dürreperioden zu den

Hauptursachen für Armut. Doch auch hier haben in den letzten Jahren positive Entwicklungen stattgefunden. In Magwe ist insbesondere die Zunahme von Nichtregierungsorganisationen und deren Unterstützung der Dörfer bei der Gründung von Selbsthilfegruppen positiv zu verzeichnen. Auch hier hat sich unter der Bevölkerung ein Bewusstsein für ihre gegenwärtige Lage entwickelt. Die Stellung von Frauen in den Dörfern hat sich verbessert und die Menschen fühlen sich im Allgemeinen sicherer. Und nicht zuletzt hat in den letzten Jahren der Dialog und Austausch innerhalb der Dorfgemeinschaften in Magwe zugenommen.

Der Artikel wurde im September 2012 verfasst.



Foto: Tim Schröder

Kommentar zur Studie „Möglichkeiten und Grenzen der Armutsbekämpfung – Eine Fallstudie aus Myanmar“

Verschriftlichung des Vortrags auf der Fachtagung „Burma/Myanmar auf dem Sprung – Entwicklungszusammenarbeit im Fokus“ im Dezember 2011 in Bonn.

Jasmin Lorch

Zunächst möchte ich der Burma-Initiative, ADRA Myanmar und ActionAid ein großes Kompliment dafür aussprechen, dass es ihnen gelungen ist, in diesen politisch sensiblen und sehr schwer zugänglichen ländlichen Gebieten eine solch umfangreiche Erhebung durchzuführen.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie basieren auf der direkten Befragung der lokalen Bevölkerung. Damit ist sie eine der ersten ihrer Art. Ich möchte in meinem Kommentar gerne versuchen, sowohl die Ergebnisse der Studie als auch die derzeitige Diskussion um zivilgesellschaftliche Potentiale in Myanmar ein wenig im breiteren politischen – vor allem entwicklungspolitischen – Kontext zu verorten. Dazu möchte ich auf zwei Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement in Myanmar eingehen, die mir als besonders wichtig erscheinen: erstens auf das Zusammenspiel von schwacher Staatlichkeit und autoritärer Herrschaft in Myanmar und zweitens auf das entwicklungspolitische Engagement internationaler Organisationen im Land. Auf beide dieser Bereiche werde ich zunächst allgemein eingehen und dann den Blick noch einmal speziell darauf richten, was sich seit den Wahlen im Jahr 2010 und dem anschließenden Regierungswechsel im Jahr 2011 verändert hat. Abschließend möchte ich einige Probleme anreißen, die sich aus meiner Sicht für entwicklungspolitische Akteure in Myanmar bei der Förderung der Zivilgesellschaft ergeben können. Es wäre schön, wenn wir diese anschließend im Plenum diskutieren könnten.

Erste Rahmenbedingung für zivilgesellschaftliches Engagement in Myanmar:

Staat, Regime und autoritäre Herrschaft

Zum Zeitpunkt meiner eigenen Recherchen zum Thema Zivilgesellschaft in Myanmar, in den Jahren von 2003 bis 2007, zeigte sich das Land einerseits als ein sehr repressives autoritäres Regime, andererseits jedoch auch als ein sehr schwacher Staat. Nach wie vor versagt dieser schwache Staat in vielen Bereichen. Zum einen kann er nicht sein gesamtes Territorium kontrollieren. So gibt es etwa Gebiete, die de facto teilweise oder vollständig unter der Kontrolle bewaffneter ethnischer Minderheiten stehen. Zum

anderen versagt der Staat im Wohlfahrtsbereich. In Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung bestehen seit Jahrzehnten extreme Defizite.

Meine damaligen Recherchen ließen erkennen, dass zivilgesellschaftliche Akteure sich in jenen Sektoren und Territorien formieren und agieren können, in denen der autoritäre Staat schwach oder nicht vorhanden ist. Das heißt: erstens in Minderheitsgebieten, die unter der Kontrolle vergleichsweise demokratischer und wohlfahrtsorientierter ethnischer Parteien stehen. Und zweitens im Wohlfahrtssektor. Hier war und ist der Staat nicht in der Lage oder bereit, selbst Dienstleistungen für die Bevölkerung zu erbringen, duldet aber ein Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure, etwa um sozialen Unruhen vorzubeugen.

Jedoch stellt sich die Frage, wie eine Zivilgesellschaft aussieht, die in solchen Räumen schwacher Staatlichkeit entsteht und agiert. Bei meinen Recherchen zeigten sich diesbezüglich einige generelle Muster, die auch in der Studie sehr deutlich zum Ausdruck kommen und auf die ich im Folgenden näher eingehen will.

Die Lage der Zivilgesellschaft variiert sehr stark, je nachdem, wohin man blickt: auf Gebiete, die vollständig von der Regierung kontrolliert werden, auf Gebiete, die vollständig von ethnischen Minderheiten kontrolliert werden, auf Gebiete, in denen eine Überlappung und Konkurrenz von Autoritäten existiert, oder auf Gebiete, in denen akut Bürgerkrieg, Flucht und Vertreibung herrschen.

Die Studienergebnisse legen nahe, dass in der Division Magwe, also in einem Gebiet, das vollständig von der Regierung kontrolliert wird, das größte Hindernis für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in den Repressionen zu finden ist, welche die Zentralregierung ausübt. Denn die Region Magwe, Ausgangspunkt der Mönchs-demonstrationen im Jahr 2007, wird von der Zentralregierung als politisch sensibel betrachtet. Das größte Hindernis für die Entwicklung der Zivilgesellschaft ist hier also das Vorhandensein der Regierung, beziehungsweise des nach wie vor in großen Teilen autoritären Staatsapparates. Im

Untersuchungsgebiet Karen Staat hingegen sind, laut der Studie, die größten Hindernisse für die Entwicklung der Zivilgesellschaft der vorherrschende bewaffnete Konflikt und die Gegebenheit, dass es viele verschiedene Autoritäten gibt. In anderen Worten, das Hauptproblem besteht darin, dass der Staat nur teilweise vorhanden ist. Bei einer ergänzenden Betrachtung von Gebieten, in denen akut und massiv Bürgerkrieg, Flucht und Vertreibung herrschen, würde man wohl gar keine zivilgesellschaftlichen Organisationen finden, da in einem solchen Kontext soziale Institutionen kaum stabil sein können. Insofern ist die Studie repräsentativ, weil sie zeigt, dass die Situation der Zivilgesellschaft von Region zu Region sehr unterschiedlich ist. Aus eben diesem Grund kann die Studie aber auch unmöglich repräsentativ für die zivilgesellschaftliche Situation in ganz Myanmar sein.

Ein weiteres wichtiges Merkmal der birmanischen Zivilgesellschaft, welches die Studie benennt, ist die überragende Bedeutung religiöser Akteure, vor allem buddhistischer Klöster, als zentrale Akteure der nationalen Zivilgesellschaft. Dabei handelt es sich um Akteure, die wir in industriellen und post-industriellen Gesellschaften eigentlich kaum kennen. Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit werden unter dem Begriff "Zivilgesellschaft" zumeist Nichtregierungsorganisationen (NGO) verstanden. Jedoch existieren in Myanmar bislang kaum lokale Nichtregierungsorganisationen.

Eine weitere Besonderheit der birmanischen Zivilgesellschaft tritt ebenfalls sowohl in der Studie als auch in meinen Forschungsergebnissen zutage: Es gibt viele kleine, lokale Selbsthilfegruppen, die zwar eine wichtige Wohlfahrtsfunktion erfüllen, aber vorwiegend unpolitisch sind und damit - zumindest auf den ersten Blick - eine reine „Lückenbüßerfunktion“ im Bereich versagender Wohlfahrtsstaatlichkeit erfüllen.

An diesen Sachverhalt knüpft nun die zweite wichtige Frage der Fachtagung an: Gibt es einen ernst zu nehmenden politischen Wandel nach den Jahren 2010 und 2011? Und gibt es jetzt mehr Raum für dezidiert politische zivilgesellschaftliche Initiativen? Können nun vormalig unpolitische Gruppen auch ein politisches Potential entfalten?

Ein erster Blick in die deutsche und internationale Presse und auf die ehemalige Hauptstadt Yangon scheint dies zu bestätigen. Wir haben bereits vor den Wahlen von 2010 mehrere zivilgesellschaftliche Initiativen mit zumindest teilweise politi-

chem Fokus gesehen, etwa im Bereich Wählerbildung. Die Nichtregierungsorganisation Myanmar Egress ist hierbei vermutlich das prominenteste Beispiel, in dem eine Nichtregierungsorganisation sogar in den Bereich der Kandidatenbildung vordringen konnte. Zudem unterstützt mittlerweile scheinbar auch die National League for Democracy (NLD), die wichtigste Oppositionspartei, zivilgesellschaftliche Projekte, etwa im Bildungsbereich.

Sind diese Beispiele Einzelfälle, oder entstehen diese zivilgesellschaftlichen Initiativen landesweit? Die Nichtregierungsorganisation Myanmar Egress, um bei diesem Beispiel zu bleiben, hat ihren Sitz in Yangon. Die ehemalige Hauptstadt ist vergleichsweise gut entwickelt, es gibt Internet, Strom und relativ gute Kommunikationsmöglichkeiten. Yangon ist zudem Sitz des Großteils der internationalen Entwicklungsorganisationen und der westlichen Botschaften in Myanmar. Die Regierung hat sich mit dem Aufbau der neuen Hauptstadt Naypyidaw im Jahr 2005 ein eigenes, vom Rest des Landes in vielerlei Hinsicht abgeschottetes Reich geschaffen und gleichzeitig ihre Kontrolle über Yangon gelockert. Dies alles sollte man im Hinterkopf bewahren. Ist also die seit 2010 in Yangon zu beobachtende politische Liberalisierung, die auch mehr Möglichkeiten für eine politisch aktive Zivilgesellschaft eröffnet, ein nationales Phänomen, oder ist diese Öffnung auf Yangon und einige andere städtische Zentren beschränkt, in denen ebenfalls viel, bzw. zunehmend internationales Engagement herrscht?

Die Ergebnisse der Studie legen eindeutig nahe, dass sich im ländlichen Raum die Rahmenbedingungen für ein politisches Engagement der Zivilgesellschaft im Vergleich zur Situation vor den Wahlen 2010 nicht wesentlich verbessert haben und, dass die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen nach wie vor im Wohlfahrtsbereich tätig sind und bislang kaum in politische Bereiche vorstoßen konnten.

Dieses Resultat kann jedoch mit dem Fokus der Studie und der Auswahl der Fälle zusammenhängen. Denn es wurden explizit Initiativen im Bereich Armutsbekämpfung und nicht etwa vorrangig politische Aktivitäten untersucht. Zudem gehört Magwe mit der Stadt Pakokku, dem „Geburtsort“ der Mönchsproteste von 2007, zu den Regionen, welche die Regierung wohl besonders stark unter Kontrolle halten will.

Jenseits der Frage nach den politischen Potentialen der Zivilgesellschaft legt der in der

Studie behandelte Fall Magwe aber noch eine andere interessante Schlussfolgerung nahe: nämlich, dass seit den Jahren 2010 / 2011 die Wohlfahrtsorientierung der Regierung gestiegen sein könnte. Auch dies könnte mit den Mönchsprotesten im Jahr 2007 zusammenhängen. Möglicherweise ist die Regierung jetzt bemüht, durch größere Entwicklungsanstrengungen – zumindest in der Region Magwe – soziale Unruhen zu vermeiden. Laut der Studie wird in der Region Magwe das Handeln der Regierung und ihrer Massenorganisationen im Wohlfahrtsbereich von den Befragten eher positiv beurteilt. In diesem Zusammenhang wird etwa die Myanmar Maternal and Child Welfare Association¹ (MMCWA) aber auch die Union Solidarity and Development Party² (USDP), die Partei des birmanischen Militärs, die aus der Union Solidarity and Development Association³ (USDA), der wichtigsten Massenorganisation des alten Regimes hervorgegangen ist, genannt. Dies überraschte mich insofern, als bei meinen Forschungsaufenthalten im Land diese Organisationen fast durchweg negativ beurteilt wurden. Dies galt vor allem für die USDA, die ja auch an den gewaltsamen Übergriffen auf NLD-Anhänger in Depayin 2003 beteiligt war. Auch unter Hilfsorganisationen schien damals ein Konsensus zu herrschen, der lautete: Finger weg von den meisten dieser Organisation, vor allem aber von der USDA. Hat sich hier tatsächlich etwas verändert, oder hatten die Befragten eventuell Angst vor Repressionen?

Eine weitere wichtige aktuelle Entwicklung, die auch für das zukünftige Gedeihen der Zivilgesellschaft relevant ist, stellt die neue Friedensinitiative der Regierung Thein Sein gegenüber den ethnischen Minderheiten dar. Infolge dieser Initiative könnten nun wieder in mehr ethnischen Gebieten Waffenstillstände, oder sogar Friedensverträge, ausgehandelt werden. Dies hieße im besten Fall mehr Stabilität, mehr Rechtssicherheit und damit auch mehr Möglichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement.

Zweite Rahmenbedingung für zivilgesellschaftliches Engagement in Myanmar:

Internationale Unterstützung und Engagement internationaler Entwicklungsorganisationen

Die Studie führt an vielen Stellen an, dass internationale Unterstützung, und vor allem die Aktivitäten internationaler Nichtregierungs-

organisationen (INGO), eine große Stütze für die lokale Zivilgesellschaft darstellen können, etwa durch die Bereitstellung von Geldern oder die Vermittlung von Fähigkeiten wie „community organising“⁴ oder auch Recherchefähigkeiten. Und wenn ich es richtig verstanden habe, wäre die vorliegende Studie in dieser Form ja auch nicht ohne die Unterstützung von ADRA Myanmar und anderen Hilfsorganisationen sowie von deren lokalem Personal möglich gewesen.

Seitens der Europäischen Union (EU) gibt es zwei zentrale Eckpunkte für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in Myanmar: den rechtlichen Eckpunkt der „EU Common Position“ und den Zyklon „Nargis“ im Jahr 2008. Die „EU Common Position“ schreibt einerseits Sanktionen⁵ gegen Myanmar fest. Andererseits wird darin aber auch erklärt, dass humanitäre Hilfe, ebenso wie Entwicklungshilfe in bestimmten Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Umweltschutz, Förderung der Zivilgesellschaft, Demokratieförderung und Good Governance erlaubt sind. Der rechtliche Rahmen für Zivilgesellschaftsförderung ist damit eigentlich ausreichend, aber er wird bislang nicht hinreichend genutzt, unter anderem, weil die Sanktionen und die damit einhergehende politische Ächtung auch symbolisch für viele Geber eine abschreckende Wirkung hatten. Seit „Nargis“ hat zudem das internationale Engagement verschiedenster Geber, einschließlich EU, Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und Organisationen der Vereinten Nationen (UNO), vor Ort stark zugenommen. Nach langer Weigerung des Regimes wurden schließlich internationale Hilfsorganisationen ins Land gelassen und haben dort seither eine sehr viel größere Präsenz als in der Zeit vor dem Zyklon. Darüber hinaus wurde in Folge von „Nargis“ aber auch sehr viel mehr internationale Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, dass es in Myanmar bereits so etwas wie eine „Zivilgesellschaft“ gibt. Als die internationalen Hilfsorganisationen und die internationale Presse endlich ins Land kamen, stellten sie fest, dass die lokale Bevölkerung nicht lediglich auf sie gewartet hatte, sondern viele lokale Gruppen, wie etwa Klöster, Künstler, Selbsthilfegruppen, oder einfach engagierte

4 Maßnahmen zur Mitgliedergewinnung

5 Am 23. April 2012 wurde die Suspendierung der Sanktionen gegenüber Myanmar seitens der Europäischen Union für den Zeitraum von einem Jahr beschlossen. Damit sind insbesondere Einreiseverbote, Vermögenssperren und Handelsbeschränkungen aufgehoben worden. Das Embargo für Waffen- und Ausrüstungslieferungen, die zur Unterdrückung der Bevölkerung genutzt werden können, bleibt in Kraft.

1 Mutter- und Kind-Wohlfahrtsverband

2 Vereinte Solidaritäts- und Entwicklungspartei

3 Vereinte Solidaritäts- und Entwicklungsvereinigung

Bürger, bereits selbst aktiv geworden waren und Hilfe in das verwüstete Irrawaddy⁶-Delta gebracht hatten. Mehrere Veröffentlichungen, etwa von Human Rights Watch (HRW) („I want to Help My Own People“), State Control and Civil Society in Birma after Cyclone Nargis) und Newsweek („The Stealth Rescue“) zu diesem Thema können als Beispiele für diese gesteigerte internationale Wahrnehmung angesehen werden.

Also stellt auch internationales Engagement eine wichtige Rahmenbedingung für die Entwicklung der lokalen Zivilgesellschaft dar. Und so stellt sich die Frage, inwiefern sich dieses internationale Engagement verändern könnte, wenn die Sanktionen gegen Myanmar ausgesetzt oder aufgeweicht würden, weil man sich tatsächlich dazu durchringt zu sagen: Ja, Myanmar hat sich liberalisiert. Dies führt uns direkt zu Aspekten und Fragen, die ich hier gerne im Plenum zur Diskussion stellen würde.

Diskussionspunkte

Erstens können wir davon ausgehen, dass, wenn die Sanktionen fallen oder aufgeweicht werden, das entwicklungspolitische Engagement zahlreicher Länder in Myanmar stark zunehmen wird. Zivilgesellschaftsförderung wird sehr beliebt sein, nicht zuletzt, weil sie immer noch einen politisch recht unproblematischen Mittelweg darstellt: Man gibt mehr Unterstützung, aber arbeitet noch immer nicht direkt mit diesem immer noch etwas suspekten Staatsapparat zusammen.

Zweitens stellt sich folglich die Frage nach der Absorptionskapazität der birmanischen Zivilgesellschaft. Es ist sicher nicht ratsam, wenn sich die Geber aller EU-Länder inklusive den Vereinigten Staaten und Kanada gleichzeitig auf die wenigen lokalen NGOs stürzen, die es in Myanmar gibt und die zudem noch ein politisches Potential besitzen. Ich vermute, dass dies in gewissem Masse bereits geschieht. Zur Zeit meiner Recherche in Myanmar stürzten sich viele Geber auf die Metta Development Foundation (Metta); derzeit zeichnet sich bei der Nichtregierungsorganisation Myanmar Egress eine ähnliche Entwicklung ab.

Drittens ist es für internationale Hilfsorganisationen – aufgrund ihrer eigenen rechtlichen Standards und Vorgaben – generell schwer bis unmöglich, nicht registrierte lokale Organisationen zu unterstützen. Insofern ist damit zu rechnen, dass viele Geber informelle, lokale

Selbsthilfegruppen dazu drängen werden, sich zu registrieren. Diese Praxis existiert zwar schon seit mehreren Jahren, doch der Trend würde sich um ein Vielfaches verstärken, wenn die Sanktionen fielen. Das könnte verschiedene Probleme mit sich bringen: So könnte etwa der freiwillige Charakter dieser Initiativen verloren gehen. Meine Recherche, wenngleich sie einige Jahre zurückliegt, legt zudem nahe, dass mit dem Akt der Registrierung immer auch ein gewisses Risiko der Kooptierung vormals unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen durch die Regierung einhergeht. Wie groß diese Gefahr heutzutage ist, wird letztlich davon abhängig sein, in welchem Maße sich das Regime nun tatsächlich liberalisiert hat.

Viertens steht die generelle Frage im Raum, wie die internationale Gebergemeinschaft mit zivilgesellschaftlichen Akteuren umgehen kann, die unserem Verständnis von Zivilgesellschaft relativ fremd sind, wie etwa religiöse Gruppen, buddhistische Klöster oder ethnische Gruppierungen. Ich hatte eben schon erwähnt, dass Geber zumeist nach Nichtregierungsorganisationen Ausschau halten. Das tun sie nicht nur, weil es ihrem Zivilgesellschaftsverständnis am meisten entspricht, sondern auch weil sich deren Struktur sehr gut zur Abwicklung von Hilfsprojekten und Hilfsgeldern eignet. Die vorliegende Studie zeigt, dass buddhistische Mönche in Myanmar eine wichtige Rolle spielen und in den untersuchten Regionen auch bei allen Hilfsprojekten konsultiert werden müssen. Der Aufstand von 2007 zeigte zudem auch das politische Potential der Mönche. Aber wie kann eine internationale Geberorganisation im Rahmen von konkreten Projekten und Programmen mit den buddhistischen Klöstern umgehen?

Fünftens schließt sich daran die noch allgemeinere Frage an, wie Entwicklungszusammenarbeit im Kontext religiöser und ethnischer Konflikte gestaltet werden kann. In der Studie wird beispielsweise erwähnt, dass in Karen Staat die christliche und die buddhistische Zivilgesellschaft, wie auch die Bevölkerung generell, sehr stark gespalten sind. Was passiert, wenn man eine dieser religiösen Gruppierungen unterstützt? Kann dies den Konflikt verstärken?

Sechstens gilt das gleiche Problem natürlich auch für die Geber selbst. Welche Probleme entstehen, wenn etwa christlich basierte Hilfsorganisationen im mehrheitlich buddhistischen Myanmar tätig werden, und wie kann man damit umgehen? Hier sehe ich auch eine gewisse Schwäche der Studie. Denn auch diese wurde durch eine christliche

⁶ Auch als Ayeyarwady bekannt.

Organisation ermöglicht, beziehungsweise sie wurde von lokalem Personal, das von einer christlichen Organisation ausgebildet wurde, durchgeführt. Ich bin sicher, dass hier sehr gute Arbeit geleistet wurde, und in der Studie wird ja auch betont, dass ein anderer Zugang aufgrund des schwierigen Forschungskontextes wohl nicht möglich gewesen wäre. Aber es könnten sich durch die christliche Fundierung der durchführenden Organisation durchaus bestimmte Einschränkungen ergeben haben, die man vielleicht in der Studie noch etwas offener thematisieren könnte.

Siebtens würde im Zuge der Aussetzung oder Aufweichung der Sanktionen wohl auch eine Form der Entwicklungszusammenarbeit möglich werden, die das Land vor große ökologische und soziale Herausforderungen stellen könnte. So würden wohl beispielsweise durch Weltbank und Asian Development Bank (ADB) unterstützte Großprojekte, vor allem im Bereich Infrastruktur, wie der Bau von Straßen, Kraftwerken und Staudämmen, möglich. Zweifelsohne ist Infrastrukturentwicklung in Myanmar sehr wichtig. Auch die Studie sieht in der mangelnden Infrastruktur ja ein erhebliches Hindernis für die

wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Dennoch steht fest, dass solche Entwicklungsprojekte große soziale Kosten haben können, wenn sie nicht nachhaltig durchgeführt werden. Und die birmanische Zivilgesellschaft hat derzeit wohl nicht die Lobbykapazität, um solchen negativen Tendenzen entgegenzuwirken. Wie kann man damit umgehen?

Zuletzt: So gut und schön Zivilgesellschaftsförderung klingen und sein mag, in manchen Bereichen wird man, um Nachhaltigkeit zu gewährleisten, nicht umhin kommen, mit dem Staat zusammenzuarbeiten. Typische „NGO-Länder“ wie Kambodscha und Bangladesch, in denen ein sehr großer Anteil genuin staatlicher Wohlfahrtsleistungen an Nichtregierungsorganisationen ausgelagert wurden, haben gezeigt, dass man etwa ein funktionierendes Gesundheits- und Bildungswesen nicht allein auf Nichtregierungsorganisationen begründen kann. Denn sonst entsteht eine Art „Flickenteppich“ von Initiativen, aber kein flächendeckender Zugang zu Wohlfahrtsleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger.

Die Vortragsnotizen wurden im Juli 2012 von Christina Grein verschriftlicht.

„The right investment at the right time“? Internationale Sanktionen zwischen innenpolitischer Legitimation und außenpolitischen Widersprüchen

Fabian Falter, Natalie Gierke, Jonas Spitra, Esther Tenberg und Alexander Zimmermann

In einer Kooperation zwischen der Burma-Initiative des Asienhauses Köln und der Abteilung für Südostasienwissenschaft der Universität Bonn im Sommersemester 2011 beschäftigten sich Studierende mit zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten im Demokratisierungsprozess Myanmars. Mit Hilfe einer von der Burma-Initiative durchgeführten Studie zur Armutsbekämpfung konnte die Theorie mit der Praxis verbunden werden. Ein Teil der Studierenden nahm an der „Myanmar-Taskforce“ mit nachfolgendem Workshop und an der Fachtagung im Dezember 2011 teil und präsentierte dort die erarbeiteten Ergebnisse. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Auseinandersetzung mit der Sanktionsthematik.

Die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, international gefeiertes Symbol für den Kampf um Demokratie und Menschenrechte, war für lange Zeit für die internationale Medienlandschaft eine der wenigen, wirklich gehörten Stimmen zur politischen Lage in Myanmar. Ihre Haltung zu internationalen Sanktionen gegenüber ihrem lange isolierten Heimatland war klar und deutlich: Jegliches Engagement im Land unterstütze die Militär-Regierung und sei daher abzulehnen. Am 2. März 1996 ließ sie verlauten: „Any investment in an undemocratic system will affect the people who are in it. [...] What is harmful to people can damage all of us, as a democratic movement. We welcome the right investment at the right time.“¹

Dieser Zeitpunkt scheint nun angebrochen zu sein. Die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton fand bei einem Treffen mit Präsident Thein Sein, im Juli 2012 in Phnom Penh, freundliche Worte. Das Treffen wurde als „ein Meilenstein“ der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bezeichnet. Clinton war bereits Ende 2011 nach langer Zeit das erste hochrangige Regierungsmitglied eines westlichen Staates, das Myanmar einen Besuch abstattete.² Der Besuch diente der Anerkennung der politischen Öffnung

des Landes und der Aufhebung des Hausarrests der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Dabei hatte das Land für die USA lange das Stigma eines Paria-Staates getragen. Nun, nach einer Reihe demokratischer Reformen, lockerten die USA ihre Sanktionen, setzte die EU ihre in Teilen aus. In einigen Presseberichten wurde gar vermeldet, die Sanktionen hätten ihre Wirkung gezeigt. Durch diese wollten die westlichen Staaten jahrzehntelang einen politischen Wandel erzwingen, doch trugen sie nur wenig zur Öffnung des Landes bei. Der erhoffte Druck auf die Militärjunta blieb aus.

In Phnom Penh diskutierte Hillary Clinton zusammen mit Thein Sein bereits Möglichkeiten für wirtschaftliche Investitionen. Sie kam in Begleitung von 70 Vertretern großer amerikanischer Firmen, wie Coca Cola, Ford oder General Electric. Der momentanen Goldgräberstimmung zum Trotz ist die Situation jedoch alles andere als transparent. Bis heute existiert innerhalb der internationalen Gemeinschaft kein Konsens darüber, wie mit dem sich langsam öffnenden Land umgegangen werden soll. Zwar kündigte die USA im Rahmen der gegenseitigen Annäherung nun eine Lockerung der Sanktionen an, doch die EU setzt sie erstmal lediglich für ein Jahr außer Kraft.

Sanktionen – Ein Instrument mit vielen Gesichtern

Bevor eine Bewertung der Sanktionen gegen die Militärregierung Myanmars möglich ist, muss zunächst ein kurzer Blick auf das Instrument der Sanktionen allgemein und ihren Zweck geworfen werden.

Das Auferlegen von Sanktionen oder die Errichtung eines „Sanktionsregimes“, wie es häufig genannt wird, gilt als ein Standardinstrument internationaler Politik seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie werden als wirtschaftliche oder politische Druckmittel meist von einzelnen Staaten, aber auch von Staatenverbänden oder den Vereinten Nationen (durch den Sicherheitsrat) verhängt, um einen anderen Staat zu einer bestimmten Politik zu zwingen. Im Zuge eines Sanktionsregimes können einzelne bis hin zu allen bestehenden Beziehungen eingestellt werden oder Handelsverbote auf bestimmte Güter, z. B.

¹ „Jegliche Investitionen in einem undemokratischen System werden die Menschen in diesem System beeinträchtigen [...] Was den Menschen schadet wird uns als demokratische Bewegung auch in Mitleidenschaft ziehen. Wir begrüßen richtige Investitionen zum richtigen Zeitpunkt.“

² Nachtrag der Hrsg: Am 19. November 2012 stattete der wiedergewählte Barack Obama als erster US-Präsident Myanmar einen Besuch ab.

Waffen, verhängt werden. Sascha Werthes³ erwähnt, dass im Zeitraum zwischen 1944 und 1990 in 109 Fällen Wirtschaftssanktionen auferlegt worden seien. Auf dieser allgemeinen und öffentlichen Ebene wird ein Sanktionsregime mit einer eindeutigen Konditionierungsfunktion errichtet. Die Chancen auf Erfolg sind jedoch mindestens zweifelhaft. James Mayall⁴ schrieb dazu bereits Mitte der 1980er Jahre: „[...] in virtually no case have they been unambiguously successful⁵“. Beispielsweise treffen die Sanktionen in vielen Fällen nicht ihr eigentliches Ziel, sondern werden auf die Bevölkerung übertragen, oder sie werden von anderen Staaten umgangen und verfehlen damit ihren eigentlichen Sinn.

Besonders seit den 1990er Jahren lässt sich international ein Trend hin zu sogenannten „Smart Sanctions“ beobachten. Das sind Sanktionen, die möglichst gezielt gegen einzelne Personen oder kleinere Gruppen z. B. mit Einreise- und Handelsverboten oder dem Einfrieren von Bankkonten ausgeübt werden sollen. Die Probleme sind jedoch die Gleichen geblieben. Auf der Suche nach den Gründen, warum Sanktionen trotzdem in der Vergangenheit und bis heute immer noch häufig verwendet werden, nennt Werthes neben der offiziellen Funktion der Konditionierung, von deren Erfüllung immer noch einige „naive“ Initiatoren überzeugt seien, fünf weitere Funktionen, die meist überlappend bedient werden: Die Funktion der Bestrafung, der Sozialisation, der Abschreckung sowie die strategische und die symbolische Funktion. Besonders die symbolische Funktion scheint nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zunehmend wichtiger geworden zu sein. Etwa bewirkt jene Funktion, dass Sanktionen moralisch gerechtfertigt und für die Öffentlichkeit leicht nachvollziehbar dargestellt werden, wie beispielsweise die häufige Berufung auf die Menschenrechte. Die Bedienung dieser symbolischen Funktion scheint auch im Falle von Myanmar eine wichtige Rolle gespielt zu haben.

3 Werthes 2003: *Probleme und Perspektiven von Sanktionen als politisches Instrument der Vereinten Nationen*. Münster: LIT-Verlag.

4 Mayall, „The Sanctions Problem in International Economic Relations: Reflections in the Light of Recent Experience,“ in *International Affairs*, (Royal Institute of International Affairs), 1984, Vol. 60, Nr. 4, S. 631.

5 „[...] In nahezu keinem Fall waren sie zweifelsfrei erfolgreich.“

Kleine Geschichte der Sanktionen

Das Sanktionsregime gegen Myanmar war vielfältig und umfasste vor allem ein Waffenembargo, Handelsboykotte und Einreiseverbote für Regierungsmitglieder. Die EU regelte ihre Sanktionen in den so genannten „EU Common Positions“, die jährlich verlängert werden mussten und dabei von Zeit zu Zeit modifiziert und verstärkt wurden.

• Breit angelegte Sanktionen

Den Beginn der Sanktionspolitik markiert das Jahr 1988. In Reaktion auf die blutige Niederschlagung der Demonstrationen einer großen Anzahl der myanmarischen Bevölkerung durch das Militär, wurde die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der meisten Länder mit Myanmar beendet. Es folgte die Einstellung der bilateralen Kooperation in der Verteidigungspolitik mit EU-Staaten und die Verhängung des Waffenembargos im Jahr 1990. Eine kollektive Umsetzung der Sanktionspolitik durch die EU nahm erst 1996 ihren Anfang, durch die „EU Common Positions“.

Erste wesentliche wirtschaftliche Sanktionen waren die Rücknahme der Unterstützung durch die westlichen Regierungen in 1988 und 1989 für den wirtschaftlichen Aufbau und Stabilität. Auch Hilfen von der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank wurden eingestellt. Weitere verhängte wirtschaftliche Sanktionen waren die Aufhebung der Vorzugszölle im Jahr 1997, welche in der Regel Entwicklungsländern gewährt werden.

Auch die USA haben Myanmar eine Vielzahl von Sanktionen auferlegt. So wurden seit 1997 neue Investitionen durch Personen oder Rechtsträger Myanmars in den USA verboten. Die erneute Verhaftung der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi führte 2003 zu einem Importverbot aller Waren aus Myanmar. Im Jahr 2003 wurde von den USA der „Burmese Freedom Act“ verabschiedet, welcher ein Handelsembargo auf Produkte bestimmter Betriebe aus Myanmar, genauso wie ein Verbot aller finanziellen Dienstleistungen für das Land beinhaltete. Besonders zu beachtende Maßnahmen dabei sind vor allem die Beendigung von Textilimporten aus Myanmar, sowie die Aufhebung finanzieller Dienstleistungen, wie der Nutzung von American Express, Mastercard oder Visa.

In den Jahren 2004 und 2007 folgte die EU mit ähnlichen wirtschaftlichen Maßnahmen: 2004 wurden zunächst Investitionsverbote eingeführt, und ein Verbot der Versorgung mit finanziellen

Ressourcen an das Regime und an die mit ihm verbundenen Betriebe oder Individuen ausgesprochen.

- **„Smart Sanctions“**

Die EU begann 2007 damit, bestimmte Wirtschaftszweige, welche als Machtbasis der Militärs angesehen wurden, gesondert zu reglementieren: Holz und Holzprodukte, Mineralien und wertvolle Steine sowie deren verarbeitenden Industrie. Es wurden nun auch Exportsanktionen verhängt, welche den Export von technischem und relevantem Equipment an Firmen, die in diesen Sektoren arbeiten, verboten. Genauso wurde deren Finanzierung untersagt, darunter Investitionen in Firmen im Land, die in eben diesen Bereichen tätig sind.

Schon 1996 hatten die USA ein Visumsverbot ausgesprochen, die EU schloss sich im selben Jahr den Einreiseverboten für mehrere Junta-Mitglieder und ihre Familienangehörigen an. Diese wurden in den Jahren 1998, 2003 und 2004 zunehmend ausgeweitet.

Eine weitere Form der „Smart Sanctions“ war das Einfrieren von Bankkonten in den USA, Kanada, EU und Australien, welche im Jahr 2000 begannen.

Auch bestehen viele indirekte, aber dafür informelle Sanktionen gegen Myanmar seitens westlicher Länder und Organisationen. Diese traten in Form von Boykotten unter anderem der Tourismusbranche oder auch der Rücknahme von Kapital zutage.

- **Wirkung der Sanktionen**

Marco Bünthe⁶ führt an, dass die Wirkung der Sanktionen auf die eigentlichen Ziele (Demokratie und Menschenrechte) nicht wirklich abschätzbar war. Zwar wurden die Sanktionen vom Westen auferlegt, um das Militärregime zur Beendigung der Menschenrechtsverletzungen und zur Umsetzung von Reformen zu bewegen. Doch obwohl die Sanktionen gegen die Regierung gerichtet waren und auch viel Wert auf „Smart Sanctions“ gelegt wurde, trafen sie im Wesentlichen die Bevölkerung. Sie führten weder zu einem Einlenken der Militärregierung, noch zur Verbesserung der Menschenrechtslage.

In ihrer Wirkung kann man die Sanktionen daher in drei Kategorien einteilen. Entsprechend der Vereinigung Network Myanmar gibt es zum einen „Sanktionen, welche in der Menge die

Bevölkerung trafen“, zum anderen „Sanktionen, welche hauptsächlich die Bevölkerung betrafen, aber dafür auch das Regime und seine Anhänger stärker treffen könnten“ und „Sanktionen, welche gegen das Regime gerichtet, aber ineffektiv sind.“

Wirtschaftliche Sanktionen wiederum wirkten sich negativ auf viele Arbeitsbereiche wie Textil-, Tourismus-, Fischerei- und Holzindustrie aus, was mit dem Verlust von Arbeitsplätzen einherging. So verbot der „Myanmar Freedom Act“ der USA von 2003 Textilimporte aus Myanmar, wodurch der Hauptabsatzmarkt für einen der wichtigsten Wirtschaftszweige Myanmars zusammenbrach. Nach Schätzungen der International Crisis Group (ICG) waren bis dato bis zu 750.000 Menschen in diesem Sektor beschäftigt.

So haben Sanktionen zusätzlich zu der schlechten Wirtschaftspolitik der Militärregierung die ökonomische Situation und damit das Leben und das Einkommen der Menschen dort negativ beeinflusst und trugen zur Verschärfung der sozialen Misere bei.

Genauso verhielt es sich im Jahr 2007 mit dem Exportverbot aller Produkte aus Holz, Wertmetallen, Schmuck und der verarbeitenden Industrie durch die EU. Denn genau betrachtet, haben auch diese Sanktionen, obwohl sie gegen das Regime gerichtet waren, dieses kaum betroffen. Stattdessen wirkten sie sich gemäß Network Myanmar⁷ eher auf den privaten Sektor aus.

Im Gegenzug haben Sanktionen, welche explizit gegen das Regime und seine Anhänger gerichtet waren, keine Auswirkung auf die regierende Elite, deren Interesse nicht ausländischen Investitionen oder guten wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen galt.

Durch den Wegfall der Partnerschaft mit den westlichen Industrienationen wurden China wie auch Indien und Russland zu Myanmars wichtigsten Verbündeten. Ebenfalls knüpfte Myanmar enge Kontakte mit den Staaten des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Dadurch, dass die asiatischen Länder dort eingesprungen sind, wo sich der Westen zurückgezogen hat, wurden die Sanktionen ihrer Wirkung als Druckmittel beraubt. Infolgedessen blieb bis vor kurzem als Wirkung lediglich der symbolisch erhobene Zeigefinger. Das Verhältnis zwischen dem Westen und Myanmar war zunehmend festgefahren.

⁶ Bünthe: „Problemstaat“ Myanmar – Zum schwierigen Umgang mit dem Militärregime, *GIGA Focus Asien* 11/2007.

⁷ <http://www.networkmyanmar.org/sanctions>

Marco Bünthe⁸ bewertet die Sanktionen insgesamt negativ, bisher hätten sie nicht die gewünschte Wirkung gezeigt. Nach wie vor verfügten Angehörige des Regimes über die wichtigsten materiellen Ressourcen des Landes. Stattdessen haben die Sanktionen Nationalismus und den Willen, dem Druck seitens des Westens und Exilgruppen zu widerstehen, befeuert. Nach Bünthe hat die Belagerungspolitik des Westens die paranoide Haltung der Militärjunta und damit die Schwächung der moderaten Elemente in der Regierung bestärkt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass 23 Jahre Sanktionspolitik die Militärregierung nicht geschwächt, sondern vielmehr gestärkt haben. Die negativen Folgen wurden maßgeblich von der Bevölkerung getragen.

Standpunkte der Internationalen Akteure

- **EU und USA**

Seit dem Beginn der Sanktionspolitik im Jahr 1988 existieren nur unilaterale Sanktionen, welche von Ländern wie Kanada, Japan, der Schweiz, den USA und der EU auferlegt wurden und zu großen Teilen nicht von multilateralen Organisationen wie der UN unterstützt werden.

Im Falle der EU bedeutet unilateral, dass Sanktionen gemeinsam beschlossen, und in ihrer Folge von allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Zusätzlich können einzelne Länder noch weitere Sanktionen beschließen, wie es zum Beispiel Großbritannien oder Dänemark getan haben.

Die EU sieht sich in der Pflicht, ihre im Vertrag von Lissabon festgeschriebenen Werte unter Beweis zu stellen. Das Prozedere gestaltete sich jedoch ungleich schwieriger, und ihr wurde oftmals vorgeworfen, durch ihre Uneinigkeit die Menschen in Myanmar im Stich zu lassen. Länder mit großen, politisch aktiven Gemeinden von Exilanten, nahmen eher die Position von Sanktionsbefürwortern ein, während andere Staaten, unter anderem auch Deutschland, eher für die Strategie des „Constructive Engagement“⁹ eintraten. Neben den oben beschriebenen Sanktionen machte die EU ihren Standpunkt noch auf weitere Weise deutlich. So übte sie beispielsweise Druck auf die ASEAN aus, indem sie eine Veränderung der Verhältnisse in Myanmar zur Bedingung für ein Freihandelsabkommen machte.

In den USA werden die Sanktionen entweder vom Kongress (durch Gesetze) oder vom Präsidenten („Executive Order“)¹⁰ beschlossen. Gegenüber der Öffentlichkeit wurden sie, während der zweiten Amtszeit Bill Clintons, vor allem mit der Verteidigung der Menschenrechte begründet. Während der Annäherung an China wurde Myanmar als Beweis erbracht, dass die USA in ihrer Außenpolitik die Menschenrechte schützen würden. Warum die Sanktionen gerade 1996 auferlegt wurden, und nicht schon 1988 ist unklar. Verstärkt wurden sie, ebenfalls ohne konkreten Anlass, durch eine „Executive Order“. Clinton begründet die Maßnahme mit dem Versagen der Regierung im Hinblick auf Dialog mit der Opposition, den Minderheiten und der Nichteinhaltung von internationalen Standards in Sachen Menschenrechte. Er befand sich zu dieser Zeit im Wahlkampf. Sein Nachfolger nach seiner zweiten Amtszeit wurde Georg W. Bush Senior. Nach Meinung von Lisa Brooten¹¹ lenkte er die Aufmerksamkeit zunehmend auf Aung San Suu Kyi, wodurch ein medienwirksames „Beschützer-Szenario“ aufgebaut werden konnte. Der starke, männliche Präsident eines mächtigen Staates schreite ein, um die (körperlich) wehrlose Ikone der Demokratie vor der zwar starken, aber „dummen“ Junta zu beschützen.

- **Unterstützung durch Exilanten**

Die „birmanische Exilregierung“ National Coalition Government of the Union of Burma (NCGUB, Sitz in den USA) vertrat seit jeher den Sanktionskurs, welchen die westlichen Staaten und auch Aung San Suu Kyi vertraten. Ihr Cousin, Dr. Sein Win, ist der Vorsitzende der NCGUB. Die Exilregierung sah ihn als wirksames Druckmittel um das Regime in Myanmar zum Dialog zu bewegen und eine friedliche Lösung des Konflikts zu erreichen. Laut NCGUB sollen die Sanktionen die Ablehnung gegenüber dem Regime ausdrücken und weitere Menschenrechtsverletzungen verhindern. Auch sollen sie als moralische Unterstützung für die Demokratiebewegung im Land selbst dienen, sowie dem Regime Ressourcen entziehen.

Das NCGUB sah dabei keine schwerwiegenden Folgen für die Bevölkerung, da vornehmlich die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen betroffen sei, welche keinen großen Effekt auf die Kleinunternehmen und die Beschäftigungssitua-

⁸ siehe Fußnote 4

⁹ Durch engen Kontakt und Austausch zu einer friedlichen Transformation eines Landes beitragen.

¹⁰ Dekret durch den/die PräsidentIn der Vereinigten Staaten.

¹¹ Brooten, Lisa (2005), „The Feminization of Democracy under Siege: The Media, ‘The Lady’ of Burma, and U.S. Foreign Policy“, in: *Muse*, NWSA Journal, 17, 3 (fall), 134-156.

tion habe. Entgegen der Aussage auf ihrer Website, dass „[o]ne of the declared principles was that it would be dissolved once democracy and human rights are restored in Myanmar¹²“ lösten sie sich, mit dem Argument zur nationalen Versöhnung beitragen zu wollen, im September diesen Jahres auf. Die Institution sei unter gegebenen Umständen nicht mehr angebracht. Die Mitglieder wollten sich aber am Prozess der nationalen Versöhnung und dem Weg ihres Landes zur Demokratie beteiligen.

Die in Großbritannien sitzende Nichtregierungsorganisation Burma Campaign UK prangerte seit langem die Geschäftsbeziehungen und Verflechtungen des Westens mit der Militärjunta an. Auf einer von ihr publizierten „Dirty List“ werden über 100 international agierende bekannte Firmen aufgelistet, welche trotz Sanktionen geschäftliche Beziehungen mit der Militärjunta pflegten. Aufgeführt sind unter anderem Chevron, Alcatel, Total, Daewoo, Siemens, Hapag-Lloyd und Schenker.

• ASEAN, China und Indien

Zwar übten EU, USA und die ASEAN auf politischer Ebene Druck aus, doch fand gleichzeitig eine ökonomische Unterstützung statt. Neben chinesischen, indischen und japanischen Firmen agieren bis heute auch zahlreiche westliche Firmen auf dem Wirtschaftsmarkt Myanmars.

Der einflussreichste Partner und internationale Schutzmacht hingegen, war in den letzten Jahrzehnten China. Myanmar ist Teil von Chinas außenpolitischer Strategie im Indischen Ozean, der von Beijing getauften „Perlenschnur“. Die Volksrepublik verfolgt hierbei eine ganze Reihe von wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen. Aus ökonomischer Perspektive ist China aus mehreren Gründen an stabilen Beziehungen mit Myanmar interessiert. China will im Rahmen seiner „Greater Periphery“ genannten Nachbarschaftspolitik, seine Provinzen im Südwesten stärker am internationalen Handel beteiligen, sowie die angrenzenden Staaten wirtschaftlich anbinden, stabilisieren und nach außen öffnen. In Myanmar baut China die Infrastruktur aus und macht das Land zu einem wichtigen Absatzmarkt für chinesische Produkte. Die Hafenstadt Yangon soll als chinesischer Umschlagplatz für den Handel mit Südostasien, Südasien, dem Nahen Osten und auch Europa dienen.

12 „Eines der verlauteten Prinzipien war, dass sie aufgelöst würde, sobald Demokratie und Menschenrechte in Myanmar wiederhergestellt seien.“

Gleichzeitig stellt Myanmar innerhalb der chinesischen Ressourcenpolitik einen entscheidenden Baustein dar. China investiert massiv in den Bergbau, in die Gas- und Ölförderung sowie in die Energiegewinnung durch Wasserkraft. Die Erkundung von Öl- und Gasfeldern wird weiter ausgebaut, befindet sich doch unweit der Stadt Sittwe, eines der größten Erdgasvorkommen in ganz Südostasien. Eine Pipeline von Myanmars Südwestküste nach Kunming soll Chinas Zugang zu Öl aus dem Nahen Osten und Afrika verbessern. Diese Route bietet eine Alternative zur bisherigen Abhängigkeit von der Straße von Malakka, denn diese zählt zur Einflusszone der USA. Sollte eine Krise in Südostasien oder gar mit den USA ausbrechen, könnte China über den Landweg durch Myanmar mögliche Beschränkungen umgehen. Neben einer verbesserten Kontrolle der chinesisch-indischen Grenzgebiete bedeutet ein gesicherter Einfluss in Myanmar auch eine stärkere Verhandlungsposition innerhalb der ASEAN. Doch die Beziehungen zwischen Myanmar und China haben nun Risse bekommen. Der dominante chinesische Einfluss wurde von Seiten Myanmars oftmals als Abhängigkeit interpretiert, verbunden mit Versuchen die Außenbeziehungen zu diversifizieren. Seit dem Baustopp am Myitsone-Staudamm¹³ im Oktober 2011 im Kachin-Staat wird immer stärker darüber spekuliert, ob sich die Beziehungen zum großen Nachbarn am Scheideweg befinden. Fest steht, dass durch die Öffnung des Landes nun Raum für das Vertiefen der Beziehungen zu anderen Staaten geschaffen wird.

Neben China warf auch der andere große Nachbar, Indien, bald ein Auge auf das vom „Westen“ sanktionierte Myanmar. Südostasien allgemein und Myanmar, als das Tor nach Osten, im Speziellen, sind für Indien von enormer geostrategischer Bedeutung. Häufig wird Indiens Engagement in Südostasien überwiegend mit dem Versuch, Chinas Einfluss einzudämmen, in Verbindung gebracht, was die indische Regierung jedoch bestreitet.

Neu Delhi, das sich zu Beginn des Sanktionsregimes gegen Myanmar in einem Prozess der Öffnung zum „Westen“ befand, unterstützte zunächst die Sanktionen, änderte aber recht bald, unter anderem 1991 im Rahmen der Propagierung der „Look East Policy“ durch den damaligen

13 Der Ende 2009 initiierte Bau des Myitsone-Staudamms, ein 2.6 Mrd. schweres Projekt der China Power Investment Corporation und der SPDC, wurde September 2011 in Folge landesweiter Proteste vorläufig eingestellt.

Premierminister Narasimha Rao, seine Politik. So fürchtete Indien, China könnte einen weiteren Zugang zu Indiens Nordosten erhalten, was den seit der Unabhängigkeit schwelenden Grenzkonflikt verschärfen könnte sowie durch die Errichtung von Marine-Stützpunkten an der Küste Myanmars und auf den Coco Islands die eigene Hoheit im Indischen Ozean gefährden. Die guten Beziehungen zwischen China und dem Erzfeind Pakistan im Westen und die gemeinsame Grenze mit China im Norden, gaben der ohnehin innerhalb der indischen Regierung existierenden Angst vor einer Umzingelung durch China neue Nahrung. Man nahm Abstand von der sogenannten „Indira-Doktrin“ und der damit verbundenen Einmischung in die Angelegenheiten der Nachbarländer und näherte sich stattdessen der politischen Strategie der ASEAN an, welche im Folgenden erläutert wird.

Indien ist neben der Absicherung seiner geopolitischen Interessen vor allem an Rohstoffen, einer besseren Anbindung an Südostasien und der Stabilisierung und Entwicklung des eigenen Nordostens interessiert und bietet im Gegenzug Militärkooperation (z. B. Waffenlieferungen und Ausbildung), einen Absatzmarkt für Agrarprodukte, Holz und Edelsteine sowie für die Regierung Myanmars eine Alternative zur Kooperation mit China. Darüber hinaus wurde Myanmar in mehrere regionale Kooperationen eingebunden, die von Indien initiiert wurden. Aufgrund der kolonialen Vergangenheit ist das Verhältnis gegenüber den indischen Nachbarn von einer komplexen und ambivalenten Mischung von Ressentiments aber auch von Bewunderung und Annäherung geprägt. Um die negativen Gefühle zu beseitigen, enthalten die bilateralen Beziehungen auch eine kulturelle Komponente, indem z. B. Bollywood Filme gezeigt und Kulturveranstaltungen, Austauschprogramme und buddhistische Pilgerreisen organisiert werden. Andere Gruppen, wie beispielsweise die Opposition (Aung Sang Suu Kyi verbrachte ihre Jugend in Neu-Delhi) oder die Muslime im Rakhine-Staat, würden sich von der indischen Regierung mehr Unterstützung für ihre Belange wünschen.

Im Jahre 1997 wurde Myanmar Mitglied der ASEAN. Die Gründe für den Beitritt waren zum einen die Angst vor einem noch stärkeren chinesischen Einfluss in Südostasien und zum anderen die Ressentiments gegenüber westlichen Staaten wie den USA, deren Werte sie sich nicht aufzwingen lassen wollten. Denn die „Asian Values“ sind ein zentraler verbindender Punkt für

die ASEAN-Staaten. Auch hatten einzelne Staaten besonderes Interesse an Myanmar. So sah beispielsweise Singapur die Möglichkeit, durch engere wirtschaftliche Beziehungen zu Myanmar, die dort reich vorkommenden Rohstoffe auszu-beuten. Ebenfalls bestand die Hoffnung unter den ASEAN-Staaten, dass die Regierung Myanmars durch eine Mitgliedschaft ihr hartes Vorgehen gegenüber der Bevölkerung und Opposition lockern würde. Diese Hoffnung bewahrheitete sich jedoch nicht.

Im Zentrum der Beziehungen zwischen Myanmar und der ASEAN steht seit den 90er Jahren das Konzept des „Constructive Engagement“. Dieses besagt, dass anstatt Isolation und einem „Wandel durch Strafe“ vielmehr enge Kontakte zu dem Land geknüpft werden sollen, um es so zu Reformen zu bewegen und eine friedliche Transformation des Landes zu erreichen. Mit diesem „Wandel durch Austausch“ ist auch das Prinzip der Nichteinmischung verbunden, welches fest in den Statuten der ASEAN verankert ist, auch wenn es aufgrund realpolitischer Erwägungen an verschiedenen Stellen der Geschichte verletzt wurde. Ein wichtiges Mittel dieses Prinzips ist die wirtschaftliche Integration. Während Myanmar, aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche, für die ASEAN weniger einen lukrativen Absatzmarkt darstellt, ist es vielmehr ein wichtiger Rohstofflieferant.

Ausblick

Nach über zwanzig Jahren der Isolation öffnet sich Myanmar nun und es herrscht Goldgräberstimmung - in der Politik, der Wirtschaft und der Entwicklungszusammenarbeit. Die Sanktionspolitik verhinderte die Aufrechterhaltung der vormals sehr guten Kontakte des Westens zu Myanmar, anstatt diese zu einem intensiven Dialog zu nutzen. Dadurch, dass die anderen asiatischen Staaten einsprangen, wo sich der „Westen“ zurückgezogen hatte, stellt sich die Frage, ob die Sanktionen ihre erhoffte Wirkung überhaupt entfalten konnten.

Aung San Suu Kyi beurteilt die Situation klar und deutlich. Sie befürwortet nun auch das Ende der Sanktionen, ohne jedoch ihren früheren Standpunkt zu revidieren. So sagte sie in einem Interview mit der New York Times am 30. September 2012: „I always say that sanctions work. [...] [T]he regime started believing their own propaganda that sanctions are responsible for the ills of the country. [...] So the sanctions

needed to be removed, because a lot of people saw them as an obstacle to progress.¹⁴

Auch bezüglich der Wirkung der Sanktionen hat sich ihre Meinung nicht geändert: „I do not think sanctions hurt ordinary Burmese, as much as the IMF has gone into this and they have concluded that they did not hurt ordinary Burmese. If you remember, the garment industry had a setback after 2007 [when the U.S. prohibited imports] but it picked up very quickly... I think it had picked up within a little over a year.¹⁵“

Ungeachtet der unterschiedlichen Meinungen bezüglich von Erfolg und Auswirkungen, steht jetzt der zukünftige Umgang mit einer Aufhebung oder Aussetzung der Sanktionen im Vordergrund. Zwar bekunden die westlichen Staaten ihre Zufriedenheit über die positiven Entwicklungen der letzten Monate, doch sehen sie Myanmar noch auf einem langen Weg zur Demokratie. Paradoxerweise könnten jetzt, nachdem die quasi-zivile Regierung selbst stärker auf den Westen

zugeht, die Sanktionen wirksam werden. Dies hängt jedoch in großem Maße von der sachgerechten Handhabung des „sanktionspolitischen Werkzeugkastens“ ab. Es bleibt fraglich, ob eine Aussetzung aller Sanktionen im Jahr 2013 der richtige Kurs ist, oder ob sie besser Stück für Stück und im Gegenzug für Reformen aufgehoben werden sollten.

Waren die Folgen der Sanktionen verheerend für die wirtschaftliche und soziale Situation des Landes, besteht nun die Gefahr, dass durch den Ansturm der Investoren am Ende die Erschließung von natürlichen Ressourcen und der Aufbau eines starken Tourismussektors dem Land selbst und seiner Bevölkerung keine Vorteile bringen. Man könnte in Bezug auf den Tourismus ein zweites Thailand befürchten. Ob die kürzlich erarbeitete „Responsible Tourism Policy“ oder das neue Investmentgesetz ausreichen werden, um die Effekte des Goldrausches zu mindern, bleibt abzuwarten.

Der Artikel wurde im September 2012 verfasst.

14 „[...] Ich sage schon immer, dass Sanktionen greifen. [...] Das Regime begann schon an die eigene Propaganda zu glauben, Sanktionen seien verantwortlich für das Leid des Landes. [...] Und so mussten die Sanktionen aufgehoben werden, da viele Menschen in ihnen ein Entwicklungshemmnis sahen.“

15 „Ich glaube nicht, dass die Sanktionen den Burmesen schaden. Wenn Sie sich erinnern, die Bekleidungsindustrie hatte nach 2007 einen Einbruch erlitten [als die USA Importe verboten], sich dann aber schnell wieder erholt ... ich denke dies geschah in einem Zeitraum von knapp über einem Jahr.“

Myanmar: Und täglich grüßt das Militär

Rainer Werning

Im Rahmen des gemeinsam mit dem Kollegen Phuong Le Trong im Sommersemester 2011 an der Universität Bonn durchgeführten Seminars „Entwicklungsperspektiven und zivilgesellschaftliche Möglichkeiten am Beispiel Myanmars“ wurden u.a. folgende Themen behandelt:

Von Aung San zu Aung San Suu Kyi – Entcodierung einer Vision; Macht und Ohnmacht – die Ära der Generäle im Zeichen verfehlten „nation-building“; Traum und Traumata – die gescheiterten Aufstände 1988 und 2007; Hoffnung auf demokratischen Aufbruch oder „deodorisierte“ Militärherrschaft? – die Wahlen im November 2010.

Leitmotivisch durchzog diese Veranstaltungen die dominierende Rolle des Militärs in Staat und Gesellschaft. Tatsächlich versteht sich kein Militär in der Region länger und besser auf das Geschäft des Teile und (Be-)Herrsche wie die burmesischen Streitkräfte.

Erprobte Choreographie

Sonntag, der 7. November 2010, ging als geschichtsträchtiges Datum in die Annalen Myanmars ein, das die langjährig dort herrschende Militärjunta in Republik der Union von Myanmar umbenannt hatte.¹ Aus Sicht des Oberbefehlshabers der Streitkräfte, Präsidenten und Juntachefs, Seniorgenerals Than Shwe (77), bedeuteten die an diesem Tag erstmals seit 20 Jahren landesweit durchgeführten Parlamentswahlen einen Meilenstein in Richtung „disziplinierter Demokratie“. Ein Prozess, der 2003 mit einem öffentlich vorgestellten „Sieben-Stufen-Plan“ begann und 2015 abgeschlossen sein soll. Zur Wahl standen insgesamt 1.163 Abgeordnetensitze – 330 für die Volkskammer (das Unterhaus) und 168 für die Nationalitätenkammer (das Oberhaus), die gemeinsam das Unionsparlament bilden, sowie 665 Sitze für 14 Regionalparlamente. Vertreter/innen von 37 politischen Parteien

¹ Seit dem 22. Oktober 2010 verfügt die Republik der Union von Myanmar auch über ein neues Staatswappen, eine neue Nationalhymne sowie über eine neue Staatsflagge. Letztere entspricht mit ihren drei gelb-grün-roten Streifen genau der Flagge, die Myanmar als japanischer Marionettenstaat mit Aung San als dessen Kriegsminister Mitte der 1940er Jahre verwandte. Der einzige Unterschied: Während damals ein Pfau den Mittelpunkt der Flagge zierte, ist dies heute ein weißer fünfzackiger Stern.

bewarben sich für diese Posten, während 25 Prozent aller Sitze in den jeweiligen Parlamenten Militärs vorbehalten blieben.

Das gesamte Prozedere im Vorfeld und während der Wahlen – die Registrierung politischer Parteien, die umgerechnet 500 US-Dollar teure Nominierung pro Kandidat/in, die Kontrolle der staatlichen Wahlkommission durch das Militär sowie der Ausschluss internationaler Medienleute und Beobachter/innen – verlief alles andere als frei, fair und demokratisch. Unvergessen blieben die Schandtaten, derer sich das Militärregime allein in den letzten drei Jahren schuldig machte – von der blutigen Niederschlagung des von Mönchen und außerparlamentarischen Kräften geführten Aufstands im Herbst 2007, militärischer Feldzüge gegen ethnische Minderheiten im Norden und Osten des Landes, systematischer Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten sowie Jugendlicher und Frauen zu Straßenbauarbeiten, permanenter Überwachung und Bespitzelung von Regimegegner/innen bis hin zur Gängelung der Medien, der Inhaftierung etwa 2.200 politischer Gefangener und des Kaltstellens der Führungsriege der Opposition in Gestalt der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) mit deren Generalsekretärin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi an der Spitze. Im Frühjahr 2010 hatten die Militärmachthaber sogar das Ergebnis der letzten Parlamentswahl im Jahre 1990 annulliert, aus denen die NLD als klarer Sieger hervorgegangen war. Um einen programmierten Erfolg bei den Wahlen nicht zu gefährden, nahmen gleich zwei regimetreue Parteien an den Wahlen teil – die von Exgeneral und Premierminister Thein Sein geführte Union für Solidarität und Entwicklung und die Partei der Nationalen Einheit.

Kalküle des Militärs

Zwei zentrale Kalküle verfolgte das Militärregime mit den zu diesem Zeitpunkt angesetzten Wahlen. Erstens: Es ging ihm um eine überfällige Fassadenreinigung, um künftig – mit einer komfortablen Zweidrittelmehrheit der Stimmen im Rücken – internationale Kritik wirkungsvoller zu parieren. Zweitens: Die alte Führungsspitze kümmernte sich rechtzeitig um eine Nachfolgeregelung, wodurch jüngere, ihr nach wie vor politisch ge-

neigte (Militär-)Kader zum Zuge kommen, die gleichzeitig einen Regimewechsel zu vermeiden wissen; das Militär wahrt auch künftig seine exponierte Stellung in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft des Landes. Schließlich gibt es kein Land in dem regionalen Staatenbündnis der Vereinigung südostasiatischer Nationen ASEAN², dessen militärische Führung dermaßen kontinuierlich das Alltagsleben der eigenen Bevölkerung dominierte. Ende August 2010 waren publicity-wirksam rund 70 hochrangige Militärs aus dem Militär ausgeschieden und in Zivilkleidung geschlüpft, darunter die Nummer Drei und Vier der Junta, General Thura Shwe Mann und General Tin Aung Myint Oo – der größte Umbruch in der Armee seit 22 Jahren.

Zweifelhaftes Erbe

Bereits vor der japanischen Invasion in Südostasien (1941) hatten sich führende Persönlichkeiten der burmesischen Unabhängigkeitsbewegung, darunter auch Aung San, der Vater der Friedensnobelpreisträgerin, bereit erklärt, eine bewaffnete Armee, die Burma Independence Army (BIA), unter der Ägide des japanischen Kaiserreichs aufzustellen. Gemäß der Devise: Der Feind meines Feindes (in diesem Falle die Kolonialmacht Britannien) ist mein Freund. Auf der von Japan besetzten chinesischen Insel Hainan erhielten Aung San und seine Gefährten, die sogenannten „dreißig Kameraden“ und der Kern der späteren *tatmadaw* (burmesischen Streitkräfte), von Offizieren der Kaiserlich-Japanischen Armee ihren militärischen und ideologischen Schliff. Als Tokio Myanmar am 1. August 1943 für unabhängig erklärte und dort ein Vasallenregime installierte, gehörte Aung San diesem im Rang eines japanischen Generalmajors als Kriegsminister und Kommandeur der Burma Defense beziehungsweise der Burma National Army an, die Nachfolger der BIA. Erst als der menschenverachtende Kurs des japanischen Militarismus im Laufe des Krieges immer offensichtlicher wurde und sich das Blatt zugunsten der Alliierten wandte, beteiligte sich Aung San im Sommer 1944 am Aufbau der Antifaschistischen Volksfreiheitsliga (AFPFL), die mit den Anfang 1945 vorrückenden britischen Truppen sympathisierte und mit diesen wenig später siegreich in die Hauptstadt Rangun (Yangon) einzog.

² Die ASEAN wurde im Jahre 1967, auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges, in der thailändischen Hauptstadt Bangkok von zunächst fünf Mitgliedstaaten gegründet. Heute umfasst das Bündnis, dem Myanmar seit 1997 angehört, insgesamt zehn Mitglieder – darunter auch die einst als feindselig eingestufteten Länder Vietnam, Laos und Kambodscha.

Rigide Staatsräson

Das schließlich Anfang 1948 von Britannien in die Unabhängigkeit entlassene Myanmar erlebte nur eine kurze Phase ziviler Herrschaft. Landesweite Revolten, das Erstarren der Kommunistischen Partei Birmas (CPB) und Aufstände seitens ethnischer Minderheiten wie der Shan, Kachin, Mon, Karen, Karenni und Wa veranlassten das auf einen rigiden Zentralstaat pochende Militär bereits 1958, in das politische Geschehen einzugreifen und im März 1962 zu putschen. Generalleutnant Shu Maung, einer der „dreißig Kameraden“ und Weggefährten Aung Sans, der sich den Nom de guerre Bo Ne Win (Befehlshaber Strahlende Sonne) zugelegt hatte, schuf ein eisernes Militärregime, dem er unangefochten bis zum Sommer 1988 als Chef der Streitkräfte, Vorsitzender des Revolutionsrates, Premierminister der Revolutionsregierung und später als Präsident der Sozialistischen Republik der Union von Myanmar vorstand.

Massenproteste infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten und horrender Preissteigerungen zwangen im Jahre 1988 zwar Ne Win, nicht aber das Militär zum Rückzug aus der Politik. Vier Jahre später (1992) war es dem ehemaligen Postbediensteten Than Shwe durch Ränke und Kabalen gelungen, sich zum Seniorgeneral aufzuschwingen. Eine Position, die er trotz massiver Anfeindungen aus dem westlichen Ausland unangefochten verteidigte. Da es der außerparlamentarischen Opposition bis dato nicht gelungen war, gemeinsam mit politisch relevanten Gruppierungen und Parteien der zahlreichen ethnischen Minderheiten eine gemeinsam abgestimmte, konsistente Strategie und Alternative zur Politik der herrschen Militärjunta zu entwickeln, hatte Letztere leichtes Spiel, Dissens und Widerstand immer wieder zu „befrieden“. Durch die Wahlen hatte es das Regime sogar geschafft, selbst innerhalb der NLD sowie zwischen dieser und anderen pro-demokratischen Kräften einen Keil zu treiben.

Außenpolitisch brauchte das Regime auf „den Westen“ keinerlei Rücksicht zu nehmen. Dessen (ohne halbherzig) durchgesetzten Sanktionen stärkten letztlich mehr das Regime als die NLD unter Aung San Suu Kyi. Und wer politisch sowie ökonomisch potente Partner wie die Volksrepublik China, Indien, Singapur, Thailand und (partiell auch) Russland an seiner Seite weiß, braucht um Investitionen und Wirtschaftshilfen nicht zu bangen. Erst recht dann nicht, wenn man – wie im Falle Myanmars – über reiche Bodenschätze (neben Holz, Diamanten auch sprudelnde

Öl- und Gasvorkommen) verfügt. Und wenn man darum weiß, dass für China nicht nur der Zugang zu diesen Öl- und Gasreserven eine Rolle spielt, sondern auch ein florierender Handel sowie der militärstrategisch eminent wichtige Zugang zum Indischen Ozean.

Schwierige Friedenssuche

Noch kurz vor den Wahlen hatten nach mehrtägigen Beratungen Anfang November fünf bewaffnete Widerstandsgruppen der ethnischen Minderheiten – die Karen National Union (KNU), die Kachin Unabhängigkeitsorganisation (KIO), die Neue Mon Staatspartei (NMSP), die Chin Nationale Front (CNF) sowie die Karenni National-Progressive Partei (KNPP) – die Bildung einer politischen und militärischen Allianz beschlossen. Letztere wollte als Föderale Armee das Regime bekämpfen, während der politische Arm des Bündnisses als Komitee für den Aufbau einer föderalen Union fungierte.

Hintergrund dieses Schulterschlusses war die im Vorfeld der Wahlen vom burmesischen militärischen Oberkommando an die entlang den Nord- und Ostgrenzen operierenden Widerstandsgruppen ergangene Direktive, ihre Bataillone schnellstmöglich in die Grenzschutztruppen („Border Guard Forces“) der burmesischen Armee zu integrieren. Die militärische Einheit, die sich diesem Oktroi sofort offen und vehement widersetze, war die 5. Brigade der Demokratischen Karen-Buddhistischen Armee (DKBA) unter dem Kommando von Oberst Saw Lah Pwe. „Unter dieser Militärherrschaft können wir (die Bevölkerung Myanmars) kaum atmen und überleben“, erklärte der Offizier am 5. November 2010 gegenüber der in Thailand ansässigen burmesischen Exil-Zeitschrift *The Irrawaddy*, „uns bleibt nichts anderes übrig, als sich zusammenschließen und gemeinsam für unser Überleben

und die Demokratie in Myanmar zu kämpfen.“ Als die burmesischen Streitkräfte dieser DKBA-Einheit befahlen, ihr Operationsgebiet unverzüglich zu räumen, eskalierten bereits wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale die Kampfhandlungen in diesem Gebiet entlang der birmanisch-thailändischen Grenze. Binnen weniger Tage flohen über 20.000 Menschen ins thailändische Mae Sot und über 30 Personen kamen allein bei den ersten Kämpfen ums Leben.

Weiterhin fest im Sattel

Auch nach den Parlamentswahlen im November 2010 lief aus Sicht des Militärs alles nach Plan. Nach der Aufhebung ihres langjährigen Hausarrests am 13. November 2010 konnte Aung San Suu Kyi politisch kooptiert und so weit gebracht werden, dass »die Lady«, wie sie im Land genannt wird, für Aussöhnung, Einheit und demokratische Reformen eintrat und Anfang Mai 2012 sogar ihren Eid auf die Verfassung leistete. Der seit Ende März 2011 amtierende Staatspräsident und Exgeneral Thein Sein ließ seitdem umfangreiche Reformen geschehen, die noch wenige Monate zuvor von seinen schärfsten Kritiker/innen für schier unmöglich gehalten worden wären. Seit Anfang 2012 statteten sodann zahlreiche ausländische Minister und Staatsmänner der Regierung in Naypyidaw einen Besuch ab und sicherten dieser zu, sich für die Aufhebung langjähriger Sanktionen gegen das Land einzusetzen. So kann sich Thein Sein auch außenpolitisch auf drei »Großevents« freuen: Sanktionen gegen das Land dürften bald gänzlich passé sein, Myanmar wird 2013 die Südostasiatischen Spiele ausrichten und ein Jahr darauf den Vorsitz der ASEAN übernehmen und turnusmäßig als Gastgeber deren Jahreskonferenz fungieren.

Der Artikel wurde im September 2012 verfasst.

Im Land des Lichts und des Schattens

Phuong Le Trong

Entwicklung ist sowohl ein übergreifendes komplexes Feld wie auch eine Frage, die zuweilen extrem normativ behandelt wird und daher im regionalen Kontext dezidierte Betrachtungen verlangt. In der Kooperation mit der Burma-Initiative im Asienhaus begleitete die Lehrveranstaltung „Entwicklungsperspektiven und zivilgesellschaftliche Möglichkeiten: Burma/Myanmar“ im Sommersemester 2011 die von der Burma-Initiative konzipierte und vor Ort durchgeführte Studie zu „Möglichkeiten und Grenzen der Armutsbekämpfung in Burma/Myanmar“. Während sich die Studie auf Analyse und Bestandsaufnahme lokaler Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Kräfte auch im Hinblick auf eventuelle Veränderungen der Rahmenbedingungen nach den Wahlen im November 2010 konzentrierte, standen im Fokus der Lehrveranstaltung Überlegungen zur zivilgesellschaftlichen Situation im Land, zu deren Möglichkeiten, aber auch zur mit diesen Fragen verbundenen Ethik im Kontext der Sanktionspolitik. In drei Blockseminaren und dem abschließenden Workshop mit Fachreferenten trugen Teilnehmer der Lehrveranstaltung die Ergebnisse der behandelten Themen vor. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Diskussionen sowie die Reflexionen in der Lehrveranstaltung zusammengefasst.

Annäherungen und Ethikdebatte

Schwache und rudimentär aufgebaute staatliche Strukturen und Institutionen markieren Myanmar als Problemstaat. Dabei ist es offenkundig, dass dies auf schlechter Regierungsführung und der äußerst umstrittenen Herrschaftslegitimation der Militärs beruhte, die die Kontrolle über alle Bereiche des täglichen Lebens hielt. Bei einer hohen Machtkonzentration in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht waren, und sind heute teilweise noch, jegliche bürgerliche Grundfreiheiten sehr eingeschränkt. Myanmar galt und gilt als unterentwickelt bei Faktoren wie Rechtsstaatlichkeit, Partizipation, politische Stabilität, Gewaltlosigkeit, Regierungseffizienz sowie Kontrolle der Korruption. Wie lassen sich vor diesem Hintergrund zivilgesellschaftliche Entwicklungspotenziale und der Aktionsradius oppositioneller Bewegungen im Land erklären? Welche innerburmesischen Kräfte und externe Faktoren tragen

dazu bei, strukturelle gesellschaftspolitische Veränderungen im Lande zu blockieren? Das sind Fragen, auf die in der Lehrveranstaltung ausführlich eingegangen wurde. Wenn man diese Fragestellungen historisch, gesellschaftlich und kulturell betrachtet, führt es dann zu Überlegungen über mögliche Konsequenzen für eine Entwicklung mit mehr Optionen und Räumen für die Zivilgesellschaft, die sich aus den Wechselspannungen zwischen verschiedenen Kräften im Land ergeben.

Zivilgesellschaft wird in Bezug auf Myanmar nicht separat als eine „Größe“ neben Staat, Wirtschaft und Familie identifiziert. Größtenteils beschränken sich zivilgesellschaftliche Aktionen, wo Menschen miteinander interagieren, auf spontane Art, nach Bedarf und lokalen Begebenheiten. Es handelt sich hier zunächst um eine Form der „Zivilgesellschaft“, die sich bisher aus einem Staatssystem heraus entwickeln musste und teilweise auch konnte. Die Akteure mussten selbst nach Möglichkeiten suchen, mit dem autoritären Regime umzugehen, um überhaupt Handlungsmöglichkeiten zu haben oder um zumindest in ihrer Arbeit nicht wesentlich gehindert zu werden. Bis 2011 wurden von der Militärregierung zivilgesellschaftliche Aktivitäten stark eingeschränkt. Dennoch konnten sich Organisationen bilden und Projekte durchgeführt werden. In den Autonomiegebieten konnten sich am ehesten zivilgesellschaftliche Formen bilden, da die Regierung nicht an weiteren Auseinandersetzungen interessiert war und vereinzelt Waffenstillstandsvereinbarungen erwirken konnte. Zudem überließ die Militärregierung zivilgesellschaftlich aktiven Gruppen dort einen gewissen Wirkungsraum, wo sie sich in Bereichen wie Bildung und Gesundheit zumeist überfordert sah. Solange keine politische Einflussnahme seitens zivilgesellschaftlicher Akteure versucht wurde, wurden diese teilweise von der Regierung geduldet.

Für einen „bottom-up“-Wandel in Myanmar ist es wichtig und effektiv, nicht nur Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen (NGO) und anderer ähnlich agierender Institutionen zu betrachten, sondern eben auch von diversen aktiven Gruppierungen auf lokaler Ebene innerhalb der traditionell gewachsenen Strukturen. Zumal offizielle bzw. registrierte Gruppen und

Organisationen keine einheitliche Struktur und Meinungen zu einem möglichen Wandel vertreten. Unterschiedlich koordinierte Aktionen auf verschiedenen Ebenen und von verschiedenen Institutionen und Akteuren sind eher möglich. Um einen Wandel im Land effektiv zu ermöglichen, müsste man von unten beginnen, also auf lokaler Ebene. Kleine Veränderungen auf lokaler Ebene zu realistischeren Maßnahmen hin sind eher möglich als ein großer Umbruch, sofern man die vorhandenen institutionellen Strukturen verdeutlicht und diese nutzt. Das gilt umso mehr nach der politischen Öffnung. Der allgemeine Diskurs dreht sich angesichts der ersten politischen Veränderungen nun um die Frage, wieweit, und nicht mehr ob, nun mit der Regierung kooperiert werden soll. Im Kontext des Demokratisierungsprozesses lässt sich dann vielleicht eine neu zu gestaltende Zivilgesellschaft für Myanmar skizzieren und ausbauen.

Zum Verständnis der Situation des Landes, vor und auch nach den Wahlen, muss man sich mit Aspekten in der Ethikdebatte auseinandersetzen. Denn durch ethische „Standards“ teilen sich auf internationaler Ebene noch die Positionen Für oder Wider die Sanktionspolitik. Diese haben mehr oder weniger die Aktivitäten externer Akteure beeinflusst, die unter dem Stichwort „Isolationspolitik“ vielfach diskutiert werden. Die gängige Vorstellung von „Ethik“ prägt in starkem Maße die Politik der westlichen Staaten gegenüber Myanmar. Es bleibt weiterhin schwierig, so wurde in den Sitzungen oft reflektiert, dass es bei Konzepten von Ethik, Moral, Menschenrechten, Globalisierung und Werten wie auch derer Komplexität, allgemein keine Deutungshoheit darüber gibt, wie ein „gutes Leben“ zu beschaffen sei. Im Falle Myanmar, das noch nicht „globalisiert“ ist, kann man nur mutmaßen, wie die mit einem universalen Anspruch verbundenen Konzepte zum Wohl der Menschen angewandt werden. Mit der Etablierung der quasi-zivilen Regierung in 2011 wurde eine neue Ära des Landes eingeläutet, die international zunächst mit verhaltenem Optimismus registriert wurde. Aber ob sich dann die politischen Handlungsspielräume ohne Einschränkung seitens der Regierung entwickeln und sich friedliche Bewegungen entfalten können, wird sich erst in naher Zukunft herausstellen. Strukturelle Hindernisse, die einer Entwicklung hin zu mehr Zivilgesellschaft im Wege stehen, lassen sich gewiss nur langsam beseitigen.

Für den zivilgesellschaftlichen Wandel in Myanmar muss man das Agieren der uneinheitlichen Opposition, deren Position bestimmt wird

durch ihr Verhältnis zum politischen System, zur internationalen Gemeinschaft, aber auch die exponierte Stellung Aung San Suu Kyis, als noch schwierig einschätzbar nennen. In letzter Zeit hat man zwar viel Bewegung auf politischer Ebene beobachtet, aber noch wenig hinsichtlich gesellschaftspolitischer Programmatik. Die Haltung der mehrheitlich buddhistischen Bevölkerung stellt einen weiteren Faktor dar, der gesellschaftspolitisch wirksam werden wird. Insbesondere der Umgang der verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen und verschiedenen Religionsgemeinschaften miteinander wird ein wichtiger Indikator sein. Die Anteilnahme an den Lebensumständen der Menschen im Land gab beispielsweise den Mönchen die politische Motivation bei den Aufständen in 1988 und 2007. Inwieweit jedoch die damit einhergehende politische Agitation aus praktischen Gründen stattgefunden hat, bleibt offen. Eine allgemeine politische Richtung der Mönche (*Sangha*) war schwer erkennbar und unterlag vielfachen Spekulationen. Der *Sangha* ist aufgrund der buddhistischen Tradition an die Herrschenden gebunden. Wie schon oft bei einschneidenden historischen Ereignissen könnten die Mönche, also auch die buddhistische Mehrheit der Bevölkerung, als politische Akteure jederzeit im Wandel des Landes eine starke aktive Rolle einnehmen.

Sanktionen und Perspektiven

Die Verhängung von Sanktionen und somit der Anfang der Sanktionspolitik der Europäischen Union gründete auf dem vom Militärregime im Jahr 1988 blutig niedergeschlagenen Aufstand.

Die Europäische Union (EU) hat die Stellung der Menschenrechte und der Demokratisierung als oberste Prämisse gesetzt. Erklärtes Ziel der europäischen Sanktionspolitik war, die Militärjunta zum Dialog mit den oppositionellen Kräften zu bewegen. Zunehmend war eine Divergenz zwischen den Mitteln zum Erreichen dieses Ziels in der EU erkennbar. Auf Initiative Deutschlands, mit Unterstützung Italiens, Spaniens und Österreichs, sollte sich die EU zu einer proaktiveren Zusammenarbeit mit der birmanischen Regierung verständigen. Hieran schließt sich die Ethikfrage im internationalen Rahmen. Auf jeden Fall war eine Differenzierung nötig, was die Haltung der Länder betrifft. Die auferlegten Sanktionen übten augenscheinlich geringen Druck auf das Regime aus, außerdem wurden diese Maßnahmen durch die Nachbarländer, die einen konstruktiven Dialog und Zusammenarbeit befürworteten, unterminiert. Lediglich die humanitäre Hilfe für die Bevölke-

rung wurde beibehalten. Eine permanente Annäherung auf multilateraler, regionaler und direkter Ebene unter Einbeziehung der Nachbarländer wurde über lange Zeit versucht. Hier fielen insbesondere die von der ASEAN ausgehenden Initiativen auf, die auf eine Einbindung Myanmars in die internationale Gemeinschaft hinwirkten. Das Land müsste sich erst internationalen Normen schrittweise fügen, dann würde die Isolierung des Landes durch die Verflechtung im wirtschaftlichen Bereich aufbrechen.

Eine „Entpolitisierung“ der Sanktionsdebatte würde den Diskurs objektiver machen, und der Effekt könnte ein konstruktives Angehen der Probleme sein. Bisher war festzustellen, dass Sanktionen nicht nur seitens der Nachbarländer sondern auch stark von europäischer Seite unterlaufen wurden. Die ASEAN hatte bezüglich der Haltung gegenüber Myanmar während der Militärdiktatur keine einheitliche Meinung. Aufgrund der engeren Beziehungen zu Myanmar verhielt man sich regional- und wirtschaftspolitisch abwartend. Die USA wollten mit Sanktionen die Junta hart treffen, ihre Politik war von Sendungsbewusstsein und gleichzeitigem Unilateralismus geprägt. Die Sanktionen haben also nicht so gegriffen, wie sie sollten? Es gibt unterschiedliche Interpretationen der Wirksamkeit der Sanktionspolitik im Hinblick auf die Veränderungen im Land. In der Debatte wird zunehmend deutlicher,

dass das Ziel sein sollte, mit allen Parteien zu reden, und dass die Zivilgesellschaft weiter gestärkt werden muss. Also inwiefern könnte sich eine Zivilgesellschaft in Myanmar mit Blick auf eine gesellschaftspolitische Umgestaltung in Richtung Demokratie Gestaltungsraum verschaffen? Was diese Entwicklung mit Sicherheit beeinflusst, sind die Auswirkungen des internationalen Engagements, die Haltung der ASEAN-Staaten sowie der EU und der USA. Erste Zeichen der Annäherung kündigten sich allerdings seit dem Regierungswechsel in Naypyidaw an.

Politische Auflagen als Voraussetzungen für entwicklungspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit können nach der Öffnung des Landes, bei veränderter politischer Kultur, mit einer neuen politischen Führung diskutiert werden. Die Notwendigkeit eines Umdenkens westlicher Regierungen, Organisationen und Geldgeber ist zumindest seit der politischen Öffnung erkannt und führt mit großer Wahrscheinlichkeit zu konkreten Schritten und Maßnahmen. Es kommt in diesem Transitionsprozess allerdings sehr darauf an, wie internationale Akteure Erfahrungen aus der Vergangenheit für neue partnerschaftsbasierte Konzeptionen und wohlbedachte Programme nutzen, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden.

Der Artikel wurde im September 2012 verfasst.



Abteilung für
Südostasienwissenschaft

Burma/Myanmar auf dem Sprung – Entwicklungszusammenarbeit im Fokus!

Samstag, den 03.12.2011, Bonn

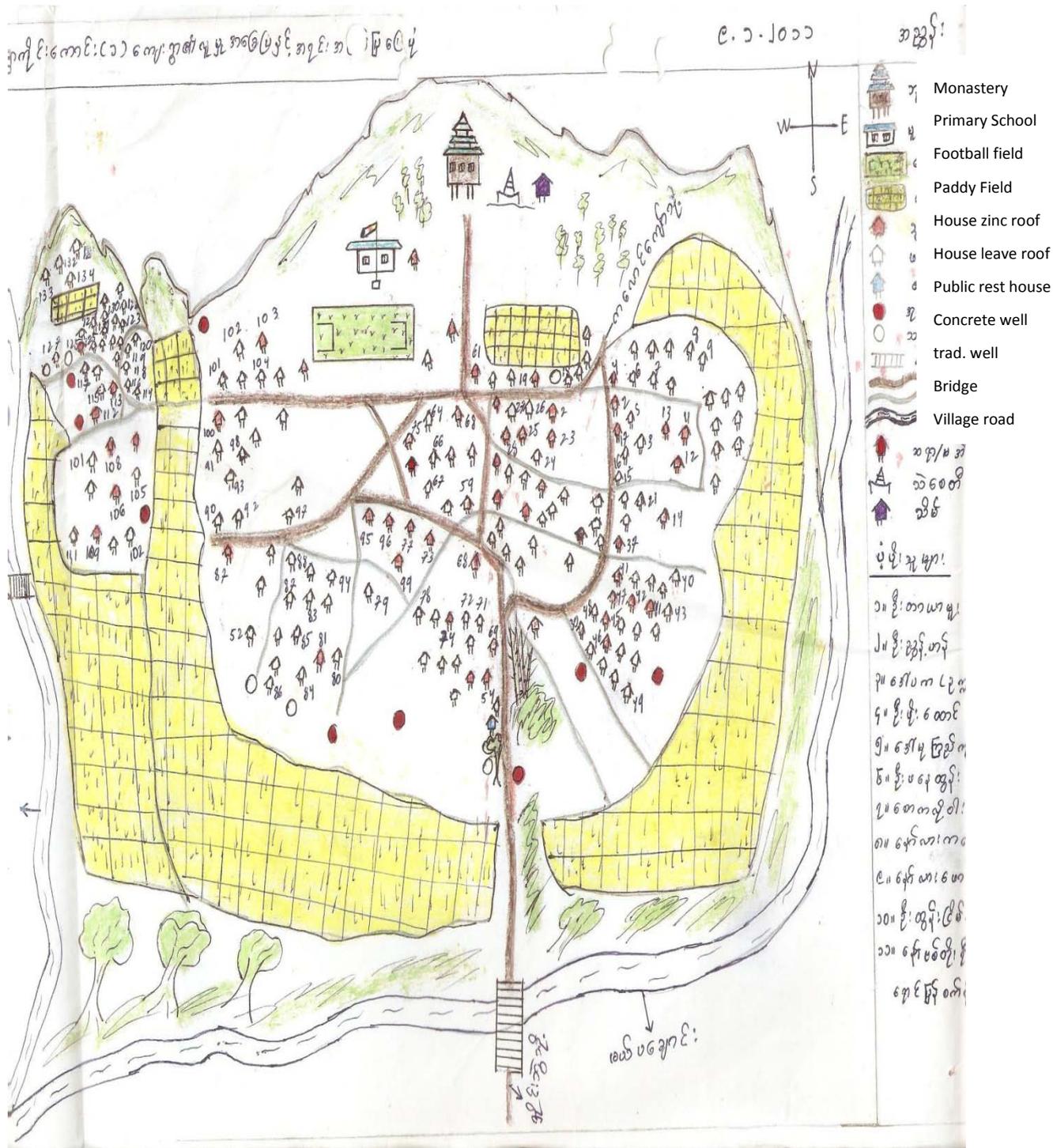


- 10.30h** **Anmeldung**
- 11.00h** **Begrüßung**
Prof. Dr. Christoph Antweiler, Leiter der Abteilung für
Südostasienwissenschaft der Universität Bonn
Ute Köster, Leiterin der Burma-Initiative im Asienhaus
- 11.15h** **Aufbruch zu neuen oder allzu bekannten
Ufern?**
Dr. Gerhard Will, Stiftung Wissenschaft und Politik
- 12.00h** **Die deutsche Haltung gegenüber Burma/Myanmar**
Studierende der Abteilung für Südostasienwissenschaft der
Universität Bonn stellen ihre im Sommersemester 2011
erarbeiteten Task-Force-Ergebnisse vor.
- 12.45h** **Mittagspause**
- 13.45h** **Möglichkeiten und Grenzen der Armutsbekämpfung –
eine Fallstudie aus Burma/Myanmar**
Unterstützt von MISEREOR und durchgeführt von ADRA-
Myanmar. Mit Kommentaren von
Jasmin Lorch, Stiftung Wissenschaft und Politik
Anja Schröder, Welthungerhilfe
- 15.15h** **Kaffee Pause**
- 15:30h** **Podiumsdiskussion:**
**Zivilgesellschaftliche Räume und entwicklungspolitische
Optionen in Burma/Myanmar**
Johannes Kaltenbach, Malteser International
Wolfgang Büttner, Human Rights Watch Deutschland
Petra Zimmermann, Heinrich-Böll-Stiftung
- Moderation: Dr. Marco Bunte**, GIGA Institut für Asien-
Studien
- 17:00h** **Schlußwort**
Ute Köster, Leiterin der Burma-Initiative im Asienhaus

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ



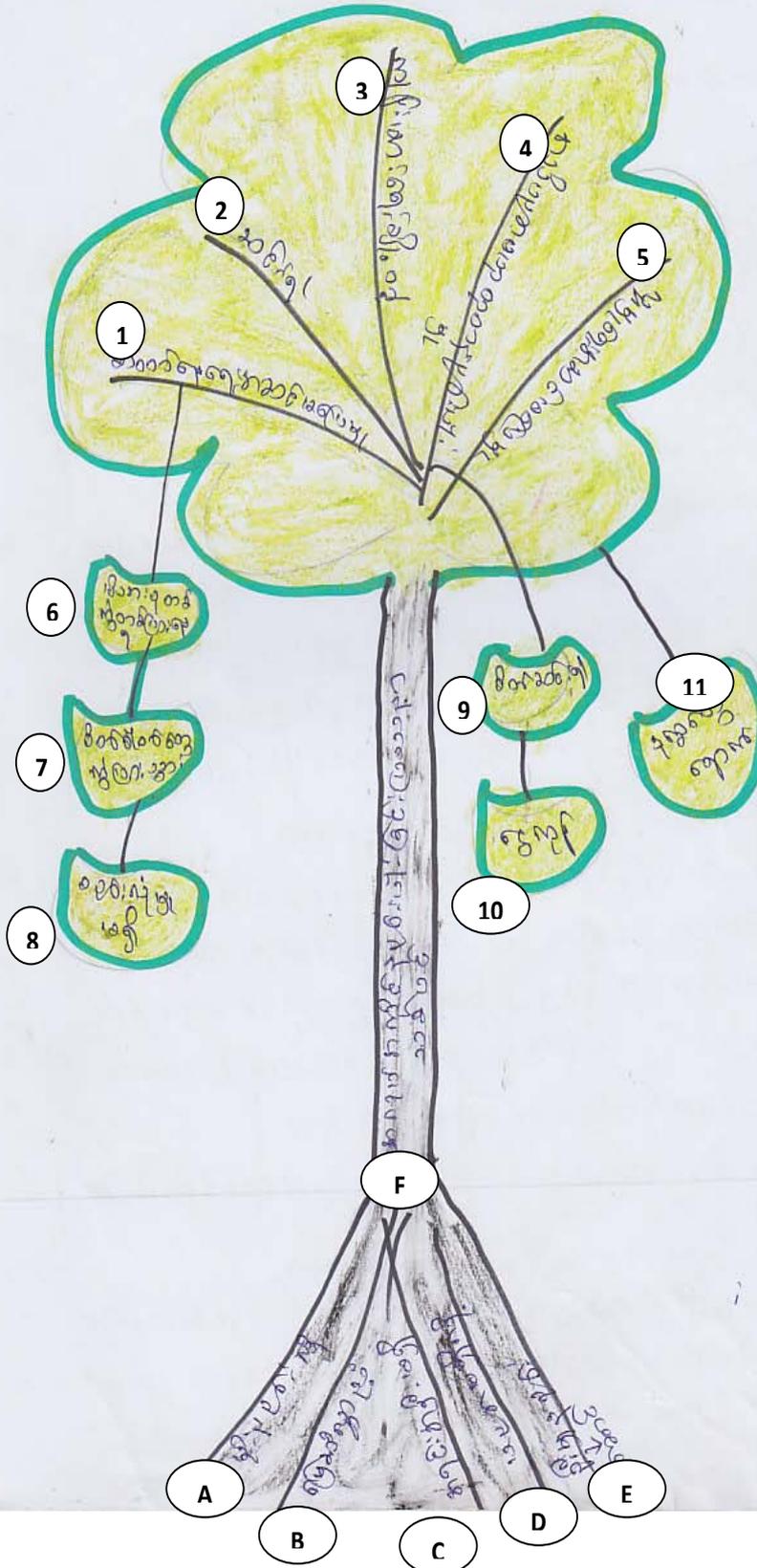
Karte vom Dorf Ywar Kaing Kaung



Kyit Tee village,
Kaing Taw Ma VT. Myaing Township. Pakokku District, Magway Region

Problem Tree

Date: 1-September, 2011



Participants

- U Than Htay (M)
- U Myint Naing (M)
- Daw Aye Aye (F)
- Daw Khin May (F)
- Daw Win Shwe (F)
- Ma Phyto Phyto (F)

Legend

- 1 = Bad Livelihood
- 2 = Poverty
- 3 = Bad health
- 4 = Less knowledge & education
- 5 = Bad social relation
- 6 = Family member stay separately
- 7 = Different idea
- 8 = No unity
- 9 = Depression
- 10 = No Money
- 11 = Meet Problem

- A = Less Rain
- B = Poor Soil Quality
- C = No Investment
- D = No Education and Knowledge
- E = Weak Leadership
- F = Problem tree of less job opportunity

Kyit Tee village,
Kaing Taw Ma VT, Myaing Township, Pakokku District, Magway Region

Seasonal Calendar

Date: 1-September. 2011

Description	Month											
	Apr	May	Jun	Jul	Aug	Sept	Oct	Nov	Dec	Jan	Feb	Mar
Agriculture												
Livestock												
Toddy												
Festival												
Education												
Health												
Pest												
Weather												
Disaster												
F												
TW												
CL												

Handwritten Burmese notes in the right margin of the calendar grid, providing additional context for the seasonal activities and weather patterns.

Legend

- Sun
- Dew
- Rain
- Wind
- Fire

Toddy Palm related work

- 1 Plough farm
- 2 Sow seeds
- 3 Land preparation
- 4 Harvest sesame
- 5 Spray insecticide
- 6 Water festival
- 7 Pour water on sacred Bo tree Festival
- 8 Waso robe donation festival
- 9 Education day
- 10 Sore eye
- 11 Med. treatment
- 12 Plant worms

Financial Summary

- 100,000
- 50,000
- 500
- Expense

Verzeichnis der AutorInnen

Christina Grein ist seit Februar 2012 Projektkoordinatorin der Burma-Initiative der Asienstiftung. Sie studierte Ethnologie/Musikwissenschaft (M.A.) an der Universität Heidelberg mit den Schwerpunkten Gender, Migration, Thailand und Myanmar. Ihre Abschlussarbeit verfasste sie zum Thema „Aushandlungen ethnischer Identität am Beispiel von Karen- und Karenni-Flüchtlingen entlang der thai-birmanischen Grenze“. Mitherausgeberin des in 2013 erscheinenden *Handbuch Myanmar*.

Ute Köster leitete bis Februar 2012 die Burma-Initiative der Asienstiftung. Ihr Diplomstudium der Regionalwissenschaften Südostasien absolvierte sie an der Universität Bonn und der Nationalen Universität in Ho Chi Minh Stadt. Länderschwerpunkte sind Myanmar, Vietnam und Kambodscha. Sie ist Mitglied im Kuratorium der Asienstiftung und arbeitet zurzeit auf freiberuflicher Basis zu Myanmar. Mitherausgeberin des in 2013 erscheinenden *Handbuch Myanmar*.

Phuong Le Trong ist Soziologe und Dozent an der Abteilung für Südostasienwissenschaft im Institut für Orient- und Asienwissenschaften der Universität Bonn. Arbeitsgebiete: Kultur, Gesellschaft, interkulturelle Kommunikation, Entwicklungszusammenarbeit, Vietnam und Myanmar. Veröffentlichungen zur modernen Literatur und zum gesellschaftlichen Wandel Vietnams. Mitherausgeber des in 2013 erscheinenden *Handbuch Myanmar*.

Jasmin Lorch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Globale Fragen der Stiftung Wissenschaft und Politik. Sie promoviert derzeit an der Universität Freiburg über die Auswirkungen schwacher Staatlichkeit auf Zivilgesellschaft in Bangladesch und auf den Philippinen. Sie ist Autorin mehrerer Artikel zu den Themen Zivilgesellschaft, Entwicklungszusammenarbeit und ethnische Konflikte in Myanmar

Tim Schröder arbeitet zurzeit für eine internationale Nichtregierungsorganisation und forscht über ethnische Konflikte, humanitäre Hilfe und Konflikttransformation in Myanmar.

Rainer Werning ist Politikwissenschaftler und Publizist mit dem Schwerpunkt Südost- und Ostasien, befasst sich seit 1970 intensiv mit den Regionen. Er ist Buchautor, Dozent an der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ), Bad Honnef, und Lehrbeauftragter am Institut für Orient- und Asienwissenschaften der Universität Bonn.

Gerhard Will studierte Politikwissenschaft, modernes Chinesisch und Südostasienkunde in Berlin, Peking und Hamburg. Seit 2001 arbeitet er in der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Er beschäftigt sich vorrangig mit Modernisierungsprozessen in den Ländern Festlandssüdostasiens und Fragen der Sicherheitspolitik in der Region Ost- und Südostasien.

Die an dieser Publikation mitwirkenden Studierenden waren an der Task-Force beteiligt, die in Kooperation zwischen der Burma-Initiative und der Abteilung für Südostasienwissenschaft stattgefunden hat:

Fabian Falter studiert Geschichte und Kultur West- und Südasiens (M.A.) an der Universität Bonn. Derzeit schreibt er seine Masterarbeit über Islamophobie als politischer Faktor in Nordindien und ist Vorstandsmitglied der Asienhaus-Hochschulgruppe Bonn.

Natalie Gierke studiert Asienwissenschaften (B.A.) an der Universität Bonn. Schwerpunkte sind Myanmar und die Philippinen. Sie nahm im November 2011 am Workshop zum Thema „Myanmar Perspectives of the Social Economics of Myanmar“ in Yangon teil.

Jonas Spitra studierte Asienwissenschaften (B.A.) in Bonn. Parallel zum Studium absolvierte er verschiedene Praktika und arbeitete als freier Mitarbeiter im Medienbereich in Deutschland und Indien. Zurzeit studiert er Psychologie an der Fernuniversität Hagen und bereitet sich auf einen längeren Auslandsaufenthalt vor.

Esther Tenberg studiert Südostasienwissenschaft (M.A.) an der Universität Bonn mit Schwerpunkt Myanmar. Zurzeit schreibt sie Ihre Bachelorarbeit über die Rhetorik und Mystifizierung Aung San Suu Kyis. Sie ist Vorstandsmitglied der Asienhaus-Hochschulgruppe Bonn sowie co-Editorin der Workshop-Dokumentation „Trade, Trust, Transition“, Yangon, Juli 2012.

Alexander Zimmermann studierte Asienwissenschaften in Bonn (B.A.). Er hat im Rahmen der Bonn International Model United Nations (BIMUN/SINUB Conference) als Chief-Editor des Media-Teams und Autor diverser „Preparation Guides“ mitgewirkt. Zurzeit studiert er Politikwissenschaften (Dipl.) an der Hochschule für Politik (HfP) in München und Wirtschaftswissenschaften (B.A.) an der Fernuniversität Hagen.

Das Asienhaus ist Anlaufstelle für Asien-Interessierte.

Unter dem Dach des Asienhauses arbeiten vier unabhängige deutsche Organisationen mit anerkannter Gemeinnützigkeit:

Die Asienstiftung, der Korea-Verband, das philippinenbüro, die Südostasien-Informationsstelle. Zudem sind hier mit der *Burma-Initiative* und dem *China-Programm* weitere länderbezogene Projekte angesiedelt. Projekte zu inhaltlichen Fragen ergänzen das Angebot.

Gemeinsam organisieren sie Tagungen, Seminare und Konferenzen genauso wie Sprachkurse oder Fortbildungsveranstaltungen. Sie publizieren wissenschaftliche Zeitschriften und Monographien und empfangen asiatische Partner und Gäste aus Politik sowie Gewerkschaften und anderen Nicht-Regierungsorganisationen, auch aus den Bereichen Kunst und Medien. Im Haus finden Ausstellungen und Lesungen statt.

Das Asienhaus will mit seiner Arbeit hin wirken auf eine solidarische und gerechte Weltwirtschaftsordnung, auf umfassende Demokratisierung und Selbstbestimmung. Es setzt sich ein für die Überwindung der Diskriminierung der Frau. Ziel und Mittel auf diesem Wege sind, den Austausch der Zivilgesellschaften in Europa und Asien über Themen der sozialen Entwicklung, über ihre Visionen einer gerechten Welt zu befördern und zu führen.

Die Einsicht, dass ungerechte Strukturen auch auf Mängel in unserer Gesellschaft verweisen, und diese Mängel deshalb in den Blickwinkel jeder Politik gehören, trägt alle Projekte und Programme des Asienhauses.

Weitere Auskunft erteilt Klaus Fritsche (0221) 716121 - 11, Fax (0221) 716121 - 10, Klaus.Fritsche@asienhaus.de



Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln
www.asienhaus.de

Spenden für das Asienhaus:

Bank für Sozialwirtschaft, BLZ: 370 205 00, KTO der Asienstiftung: 820 41 00
Bitte geben Sie für die Spendenbescheinigung unbedingt Ihren Namen und Ihren Absender an.